



# Der Heimatdienst

Mitteilungen der  
Reichszentrale für Heimatdienst  
Nachdruck sämtlicher Beiträge  
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Oberbürgermeister 256, Die deutsche Städteverwaltung; Oberbürgermeister 261, Der deutsche Städtebau; Stadtrat Dr. 344, Städtebau und Wohnungswesen; Stadtrat Dr. Kleinhaß, Städtebau; Wohlfahrtspflege; Prof. Dr. E. 344, Deutsche Schiffsalgemeinschaft; Die Dörferversammlung; Das dritte Neponsotensjahr; Der Mitarbeiterentwurf.

In Kommission:  
Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35  
Satzjährlich 2,50 Mark / Jährlich 8,- Mark  
Erscheint zweimal monatlich  
Durch jedes Postamt zu beziehen



MD  
FEIPEL

# Die deutsche Stadtverwaltung.

Von Oberbürgermeister Böß, Berlin.

Umfang und Inhalt der deutschen Stadtverwaltung unterscheiden sich von der anderer Länder. In den französischen Gemeinden steht die im Auftrage des Staates geführte Verwaltung im Vordergrund. Die Selbstverwaltung der örtlichen Angelegenheiten, die vom Staat stark beormundet wird, steht nach den Gesetzen in zweiter Linie. England hat im Gegensatz zu den Großstaaten des Festlandes keine in mehreren Instanzen aufgebaute staatliche Verwaltungsorganisation. Die gesamte innere Verwaltung obliegt den Gemeinden. Ein Unterschied zwischen Auftragsverwaltung und Selbstverwaltung besteht nicht. Die englischen Gemeinden führen die Verwaltung auf Grund und in den Grenzen der Befugnisse, die ihnen durch das gemeine Recht oder durch Parlamentsbeschlüsse verliehen sind. In den Vereinigten Staaten von Amerika werden die Städte nur selten für die örtliche Ausübung staatlicher Funktionen in Anspruch genommen. Umfang und Inhalt ihrer Selbstverwaltung werden in staatlichen Verfassungsbrieffen genau bestimmt. In Deutschland hat die geschichtliche Entwicklung ebenso wie in Frankreich zwei Arten von Gemeindeaufgaben geschaffen. Die Gemeinde soll in erster Linie die örtliche Verwaltung führen, nebenbei aber auch Organ der Staatsverwaltung sein. Ihre Zuständigkeiten sind, anders als in England und Amerika, grundsätzlich unbegrenzt. Sie können alles unternehmen, was nicht durch Gesetz anderen Körperschaften übertragen ist. Die deutsche Gemeinde dient nicht einem mehr oder weniger vereinzelt Zweck, sie ist bestimmt, die verschiedensten Interessen des öffentlichen Lebens wahrzunehmen.

Es ist kein Zufall, daß die deutsche Gemeinde ein weiteres Tätigkeitsgebiet als ihre französischen, englischen und amerikanischen Schwestern hat. Der Deutsche hat von jeher einen stark ausgeprägten Sinn für örtliches Eigenleben gehabt. Ein großer Teil der deutschen Gemeinden hat eine längere Geschichte als Staat und Reich hinter sich. Die Gemeinden gehörten zu den ersten Trägern deutscher Kultur und Sitte. Welche große innere Kraft sie besaßen, davon zeugen die Kämpfe, die sie um ihr Eigenleben gegen weltliche und geistliche Gewalten geführt haben. Die Seiten des Niederganges der deutschen Gemeinde waren fast immer auch Zeiten des Verfalls deutscher Kultur. Eine weise, dem deutschen Wesenszug Rechnung tragende Staatskunst muß eine wichtige Aufgabe darin sehen, das Eigenleben der Gemeinden als innerstaatlicher Gemeinschaften zu schützen und zu sichern.

Die Aufgaben der Gemeinden sind in den letzten Jahrzehnten entsprechend dem Fortschreiten der Technik und der Verfeinerung der Kultur ungeheuer gewachsen. Niemals waren die Aufgaben der Gemeinden größer als während des Krieges und nach dem Kriege. Auch der Umfang der den Gemeinden zwangsweise auferlegten Aufgaben wächst von Jahr zu Jahr. Reich und Staat übertragen die Ausführung neuer Gesetze den Gemeinden, weil diese mit den beteiligten Menschen und den behandelten Dingen unmittelbare Fühlung haben.

Umfang und Bedeutung der Gemeindeaufgaben haben im allgemeinen in den Städten mehr zugenommen als auf dem Lande. Es liegt das einmal daran, daß sich in Deutschland das Schwergewicht von der Landwirtschaft zur Industrie mehr und mehr verschiebt. Vor einem knappen halben Jahrhundert wohnten von den Einwohnern des Deutschen Reiches rund drei Fünftel auf dem Lande und zwei Fünftel in der Stadt. Bei der letzten Volkszählung entfielen mehr als ein Drittel der Bevölkerung auf ländliche Gemeinden und fast zwei Drittel auf städtische Gemeinden. Mehr als ein Viertel aller Deutschen wohnt heute in Großstädten von über 100 000 Einwohnern. Die vermehrte Bedeutung der Städte ist weiter auch eine Folge des Krieges. Deutschland kann die großen inneren und äußeren Kriegslasten nur abtragen, wenn seine verarbeitende Industrie in feigendem Maße Rohstoffe einführt und fertigwaren ausführt. Die Steigerung der Produktion mit dem Ziel, die Einfuhr zurückzudrängen und die Ausfuhr zu steigern, ist am ehesten in den Städten möglich. Hier hat die Industrie günstigere menschliche, geschäftliche und technische Voraus-

setzungen als auf dem Lande. Es soll hierbei keineswegs verkannt werden, daß auch das flache Land durch intensiveren Betrieb der Landwirtschaft und durch Meliorationen großen Stills zur Besserung der deutschen Gesamtwirtschaft beiträgt und beitragen kann.

Drei große Aufgabengebiete der Städte sind zu unterscheiden: das wirtschaftliche, das soziale und das kulturelle. Die wirtschaftlichen Aufgaben der Städte sieht heute in den Vordergrund gerückt. Wir leben in einem Zeitalter der Wirtschaft. Überall in der Welt und besonders in dem durch Krieg und Verfall der Währung verarmten Deutschland stehen die wirtschaftlichen Fragen in erster Linie. Die Städte haben der Wirtschaft bei ihrem Wiederaufbau zu helfen, sie in ihrem Kampfe um Wiedereroberung des Weltmarktes zu unterstützen. Man hat die Wirtschaftspolitik der Städte in den letzten Jahren vielfach wenig freundlich beurteilt. Es wurde ihnen — und wird ihnen teilweise noch heute — unlauterer Wettbewerb mit der Privatwirtschaft und Verschwendungssucht vorgeworfen. Es ist bedauerlich, daß die im Dienste der Wirtschaft gelebte Tätigkeit der Städte übersehen wird. Der Privatwirtschaftler sieht nur die eigenwirtschaftliche Betätigung der Gemeinden. Wenn eine Stadt für die Bedürfnisse ihrer Verwaltung und ihrer Werke ein Beschaffungsamt einrichtet, wenn sie eine Stadtbank unterhält, wenn ihre Elektrizitäts- und Gaswerke Installationsarbeiten ausführen, wenn sie Regiebauten macht, dann werden diese Wirtschaftstaten sofort entdeckt und in die Welt hinausgeschrien. Wenn die deutschen Städte sich gewaltige Käfen für Berufs- und Fachschulen aufbilden, wenn sie für die körperliche Erziehung und geistige Erholung der Arbeitnehmerschaft sorgen, wenn sie die arbeitende Bevölkerung vor den geistigen, seelischen und gesundheitlichen Gefahren des Großstadtlebens zu bewahren suchen, dann bleibt ihre Tätigkeit den Wirtschaftskreisen verborgen und wird sogar noch häufig genug mißverstanden und als Verschwendungssucht ausgesetzt. Wer hat denn die Rationalisierung der Wirtschaft ermöglicht? Die Gemeinden! Wenn sie die abgebauten überschüssigen Kräfte nicht in ihre öffentliche Fürsorge übernommen hätten, so wäre jeder Versuch der Rationalisierung mißglückt. Daß die Massen ohne Brot gelebt hätten, glaubt doch keiner.

Es ist mißlich, zu untersuchen, ob die Städte recht oder unrecht gehandelt haben, als sie während und nach dem Kriege in das Adreßverweh der Wirtschaft eingriffen. Es war nicht freie Entschliegung, sondern Zwang und Notwendigkeit, daß die Städte in der Wirtschaft mit Hand anlegten. Man hat heute in den beruhigten Zeiten zu schnell vergessen, was in dem Chaos der Nachkriegszeit, in dem Wirbel der Inflation aus Wirtschaft, Volk und Staat geworden wäre, wenn die öffentliche Hand untätig geblieben wäre. Unsere Wirtschaft wäre bestimmt ohne die jetzt als unlauterer Wettbewerb empfundene wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden nicht in dem Aufstiege, wie sie es glücklicherweise ist.

Das verfeinerteste koloniallose Deutschland ist mehr denn je darauf angewiesen, zu arbeiten und zu erzeugen. Die Rohstoffe, die für die Produktion nötig sind, haben wir großenteils nicht. Das Kapital müssen wir uns ebenfalls zum Teil aus dem Ausland holen. Was wir aber haben und was uns kein Land nachmacht, ist der deutsche Arbeiter und der deutsche Angestellte. Beide sind wichtige Produktionsfaktoren, und vor allem — sie gehören uns ganz. Den deutschen Arbeiter, den deutschen Bürger herauszubilden, zu erhalten und zu pflegen, das ist die große Aufgabe, die die deutschen Städte freiwillig und mit Eifer übernommen haben. Von diesem Gesichtspunkt aus mögen die Wirtschaftler, die so leicht die Stadtverwaltung kritisieren, die Ausgaben für Krankenhäuser, Schulen, Spiel- und Sportplätze, Parks betrachten. Sie werden dann einsehen, daß es unlogisch ist, in einem Atemzuge derartige Ausgaben der Städte zu verdammen und gleichzeitig Hebung und Pflege der deutschen Qualitätsarbeit zu fordern. Die deutsche Qualitätsarbeit — unser stärkster, vielleicht unser einziger Alletposten im Kampf um den Weltmarkt — ist ohne deutsche Qualitätsarbeiter nicht möglich. Qualitätsarbeiter werden

aber nicht geboren; sie werden herangezogen und herangefleht. Das für die Wirtschaft und im Dienste der Wirtschaft zu tun, haben die Städte sich als Ziel gesetzt.

Auch die sozialen Aufgaben der Städte stehen heute großenteils im Dienste der Wirtschaft. Ein Ziel der sozialen Tätigkeit jeder Stadt ist der soziale Ausgleich, die soziale Verbesserung, die Überwindung des Klassenkampfes. Soziale Gestaltung und soziale Taten wollen die Gemeinden schaffen im eigenen Hause und in den Stätten der Arbeit, in den Häusern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Manche Maßnahme einer Stadt gewinnt ein anderes Licht, wenn sie auf soziale Zweckmäßigkeit geprüft wird. Die Gemeinden haben gerade in den letzten Jahren, in der Inflation und in den ersten Monaten der Stabilisierung, häufig Ausgaben machen müssen, die vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus ungerechtfertigt schienen. Und doch waren diese Ausgaben notwendig, weil mehr auf dem Spiele stand als die Vergabe bestimmter Geldsummen. Es handelte sich darum, alles zu tun, um das soziale Gleichgewicht wiederherzustellen, um auf die Psyche der Massen befriedigend einzuwirken und so Schlimmeres zu verhüten. Gerade der Wirtschaft wäre ein schlechter Dienst erwiesen

worden, wenn man diese Summen geparkt hätte; denn Unruhen und Tumulte hätten letzten Endes die Wirtschaft viel schwerer getroffen.

Die kulturellen Ziele der deutschen Städte lassen sich in dem Satze zusammenfassen: Jedem Menschen soll die Teilnahme an den geistigen und kulturellen Gütern des deutschen Volkes ermöglicht werden! Doch dieses Ziel gegenwärtig nur beschränkt erreicht werden kann, weiß jeder, der die Finanznöte der Gemeinden richtig kennt.

Die Städte der deutschen Republik haben auch eine große staatspolitische Aufgabe: Arbeit im und für den demokratischen Staat. Demokratie bedeutet die verantwortliche Mitarbeit aller Bürger am Staat. Die tatkräftige Mitarbeit der Bürger, die Pflege des Gemeingutes ist in der Gemeindeverwaltung am leichtesten und effektivsten möglich. Die Gemeinden sind die Ur- und Keimzellen des Staates. In ihnen ist die Verbindung der Bevölkerung mit dem Staat und mit der Volksgemeinschaft am unmittelbarsten. Deshalb sind die Gemeinden besonders beauftragt, Verständnis für Inhalt und Ziel wahrer Demokratie zu wecken und zu festigen.

## Der Deutsche Städtetag in Magdeburg.

Von Oberbürgermeister Zeims, Magdeburg.



Der Dom.

Am 25. September tagt in Magdeburg die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Diese Organisation umfaßt die deutschen Städte von 10 000 Einwohnern an aufwärts. Sie ist die stärkste Vereinigung deutscher Kommunen und darf für sich beanspruchen, alle kommunalen Angelegenheiten durch eine wohlorganisierte Geschäftsstelle in Reich und Ländern auf das wirksamste zu vertreten. Die deutschen Städte sind leider nicht einheitlich organisiert. Neben dem Deutschen Städtetag besteht der Reichstädtetag, der die kleineren und mittleren Städte bis zu 40 000 Einwohnern umfaßt. Die Frage, ob eine solche Doppelorganisation vom Gesichtspunkt der Einwohnerzahl aus gesehen notwendig ist, wird heute und in Zukunft erwägenswert sein. Unbefriedigend ist eine geschlossene Organisation schlagfertiger und bietet dem Gegner weniger Angriffspunkte. Bei der so notwendigen Vertretung städtischer Interessen bei den gesetzgebenden Körperschaften ist Einheitlichkeit derforderungen und geschlossener Wille in der Führung vordringlich.

Der Deutsche Städtetag ist in der Weise gegliedert, daß seine Tätigen in den Ländern die Landesstädtetage und in Preußen die Provinzialstädtetage sind. Die Mitgliedsstädte wählen ihre Vertreter zur Hauptversammlung, deren Arbeitspensum vom Vorstand bestimmt wird. Die Organe des Deutschen Städtetages sind ein Vorstand, der sich aus 36 Mitgliedern zusammensetzt, und ein Ausschuß, der die Jahresversammlung darstellt. Die Mitglieder dieses Ausschusses werden durch die Landes- bzw. Provinzialstädtetage gewählt. Die Jahresversammlung wählt den Vorstand und bestimmt den Inhalt der Statuten. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und ebenso den Präsidenten der Geschäftsstelle. Das Stimmrecht in der Hauptversammlung ist so gestuft, daß für Städte mit 25 000 Einwohner eine Stimme, über 25 000 Einwohner zwei Stimmen, über 50 000 Einwohner drei Stimmen und bei mehr als 150 000 Einwohner für jede angefangenen 100 000 eine weitere Stimme festgelegt ist.

Mit dem Wachsen der Städte ist der Aufgabebereich der städtischen Verwaltung erweitert worden. Schon in der Vorkriegszeit begünstigten die deutschen Städte nicht damit, ihre Aemter zu unterfüllen, Schulen zu unterhalten, Straßen und Plätze, Anlagen und Theater zu schaffen. Schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde allseitig anerkannt, daß die Stadtverwaltung die geeignete Stelle für die Versorgung der Bevölkerung mit gesundem Wasser, mit Gas, elektrischer Kraft und Licht war. In-

zwischen ist der Aufgabebereich für die deutschen Stadtverwaltungen durch die Kriegsjahre und die Geseßgebung stark erweitert worden. Ganz unvorbereitet für eine solche Aufgabe, mußten die Stadtverwaltungen bei Ausbruch des Krieges die Lebensmittelversorgung organisieren und durchführen. In der Nachkriegszeit wurde ihnen die Wohnungsfürsorge übertragen. Der Kleinwohnungsbau liegt heute fast ganz in den Händen der Gemeinden. In längerer Zeit ist ihnen durch Gesetz die Fürsorge für die Geschlechtskranken übertragen worden. Die große soziale Not zwang die Städte, große soziale Fürsorgeeinrichtungen zu treffen. Die Geseßgebung und die Landesregierungen übertrugen den deutschen Gemeinden die Ausführung der Kriegsinterbenennungsfürsorge, der Kleinrentnerfürsorge, der Sozialrentnerfürsorge und vieles andere. Zugleich nahm man den deutschen Gemeinden das Recht, ihre Finanzen selbständig zu ordnen. Damit war der große entscheidende Schritt zur Einschränkung des Selbstverwaltungsrechtes getan.

In dieser Richtung läuft die Entwicklungslinie, die sich markant in der Kommunalgeschichte seit Kriegsende abbildet: Stärkste Inanspruchnahme der Gemeindeverwaltung auf Gebieten, die sie bisher nicht bearbeitet haben, Belastung mit großen Ausgaben für die Wohlfahrtspflege und anderes, stärkste Vermehrung der Verwaltungsarbeit und gleichzeitig Einschränkung des Steuerrechts. Materielle Abhängigkeit von der Reichseseßgebung, vielfache Vermehrung der Zuständigkeiten und der Aufsichtsstellen. So bietet das Bild der heutigen Kommunalverwaltung ein neues Gesicht. Die Grundklassen der Kommunalwirtschaft sind von Grund aus verändert. — Es ist offenbar, daß die Ursachen dieser wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Veränderungen aus den Zeitereignissen zu erklären sind. Aber unlogisch, gefährlich und anerkennen wir die Forderungen auf Einschränkung der Selbstverwaltungsrechte. Die Erklärung dafür liegt in den vielfachen wirtschaftlichen Nöten der Nachkriegszeit. Die Wesenheiten der Kommunalwirtschaft sind der „freien“ wirtschaftlichen Ausnutzung entgegen. Dazu kommt, daß der allgemeine Steuerdruck oberflächlich gerichtete Kritiken veranlaßt, auf die Gemeindefürsorge loszuschießen und, da die Gemeinden sich am wenigsten wehren können, mit den zweifelhaftesten Behauptungen vorzugehen. Gemiß Inflation und Stabilisierung unserer Währung brachten große Verluste für die Wirtschaft. Aber darunter hat die deutsche Kommunalwirtschaft vielleicht noch mehr zu leiden gehabt als die Privatwirtschaft. Die deutschen Städte sind weder für die Inflation, noch für ihre Folgeerscheinungen



Die neue Stadthalle.



Großbelegung.

und erst recht nicht für die Steuererhöhungen verantwortlich zu machen. Die von deutschen Gemeinden aufgenommene finanzielle Lasten sind zwingender Natur, und man kann nicht Notleidende unterliegen, wenn kein Geld da ist, man kann nicht Wohnungen bauen, ohne die Bauten finanzieren zu können. Die gelegentlich ausgesprochene Meinung, daß in den deutschen Stadtverwaltungen Lurus getrieben werde, ist völlig unbegründet.

Die siebente Hauptversammlung des Deutschen Städtetages wird sich mit den Gegnern der Stadtverwaltungen zu unterhalten haben. Sie wird keine Klageleder voll pessimistischer Ergebnisse anknipfen und keine Kränen vergießen über jenen Zug von Städtefeindlichkeit, der durch unsere Zeit geht. Unter Hinweis auf die kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leistungen der deutschen Städte kann sie ihre Auffassungen darlegen. Sind die heutigen Städte bislang die Träger deutscher Kultur gewesen, so werden sie es auch bleiben. Ist ihre Wirtschaftsförderung der tatsächliche Ausdruck der Volksgemeinschaft, so wird sie sich trotz aller Mächtigkeiten erhalten.

## Städtebau und Wohnungswesen.

Von Stadtrat Dr. Fuchs, Beeslau.

Das letzte Jahrzehnt vor dem Weltkrieg hatte die Erkenntnis gewonnen lassen, daß der Aufbau unserer Städte und unseres Wohnungswesens einer grundlegenden Umgestaltung bedürfte, wenn nicht unser ganzer Volkskörper in seinem Kern, seiner Erhaltung und Entwicklung ernstlich bedroht werden sollte. Schon damals waren die Schäden eines fehlgeleiteten Wachstums und einer unzulänglichen öffentlichen Wohnungsfürsorge, wie sie insbesondere in den Großstädten und Großgemeinden der Industriezentren sichtbar wurden, von erstreckendem Umfange. Aber der Wille zur Städtebau- und Wohnungsreform war erwacht, fand in Wort und Schrift, in bedeutsamen öffentlichen Kundgebungen seinen Ausdruck und auch die Beachtung der Parlamente, der Reichs- und Landesregierungen wie der Städteverwaltungen. Gesetzgeberische Maßnahmen — wenn auch zunächst noch nicht von allzu tiefgreifender praktischer Bedeutung und Wirksamkeit — vor allem aber eine fortschrittliche Städtebaupolitik der Gemeinden auf dem Gebiete des Bauordnungs- und stadtliniennwesens, daneben eine beginnende tatkräftige Wohnungsfürsorge für die minderbemittelte Bevölkerung wiesen die Wege für eine Gesundung der städtebaulichen Entwicklung und unserer Wohnungswirtschaft. Der Kriegsausbruch brachte einen jähen Sturz in diese Entwicklung. Der Wohnungsbau kam aus Mangel an Arbeitskräften und Baustoffen, die Stadterweiterungspläne kamen schon wegen der Unmöglichkeit der Zukunft zum Stillstand. Als diese Schwierigkeiten dann in der Nachkriegszeit überwunden waren, ergab sich eine völlig veränderte Lage: Ein verarmtes Land und eine frante, immer schneller verfallende Währung, die der Finanzierung städtebaulicher Maßnahmen und vor allem der Finanzierung des Wohnungsbaues fast unüberwindliche Schwierigkeiten bereitete. Dazu ein heruntergewirtschafteter, ausbleich in spekulativen Hände von Altsiedlern erregenergenet Altwohnungsbestand und ein drückender Wohnungsmangel. Nach der Festlegung der Währung blieb die Forderung unserer Volkswirtschaft, die Vernichtung unseres Sparpatkates, der Quelle jeder Wohnungsbaufinanzierung. Ein schroffes Mißverhältnis zwischen Baustoffen und Hypothekenzinssfuß einerseits und den durch die Wohnungswirtschaft auf tragbarer Höhe gehaltenen Mieten andererseits machten und machen noch heute eine freie Wohnungswirtschaft unmöglich. Die Dorrriegelszeit verfiel über eine qualitativ vielfach minderwertigen, quantitativ aber steigenden Wohnungsbestand, über jährliche Erparnisse unserer Volkswirtschaft, die zur Finanzierung des Wohnungsbedarfes ausreichten; — der Wohnungsbau war rentabel — ohne allzu große Schwierigkeiten hätte man damals die Mittel für eine tatkräftige Durchführung der städtebaulichen und Wohnungsreformpläne aufbringen können. Wie soll die schwache, noch in den Anfängen des Wiederaufbaues stehende Nachkriegswirtschaft ohne ausreichenden Realzredit, ohne eine gesicherte Rentabilität des Wohnungsbaues fähig sein, diese Reform in Angriff zu nehmen? Wer die Entwicklung der Nachkriegsjahre überblickt, muß mit Bewunderung feststellen, daß die Städte ohne zu verzagen an diese Aufgabe herangegangen, daß Fortschritt erreicht, Aufgaben erfüllt sind, um die sich die von einer blühenden Wirtschaft begünstigte Städtepolitik der Dorrriegelszeit vergeblich bemüht hat. Der Umstände ist dies wohl vor allem zu verdanken: Der aus den verjährten Notständen unserer jetzigen Wohnungswirtschaft

Magdeburg begrüßt die Abgeordneten der deutschen Städte, die zugleich aus Anlaß der Deutschen Theaterausstellung hierher kommen, in herzlichster Sinne einer Gemeinschaft, die Jahrtausende sich bewährt. Unsere Stadt hatte Schweres zu tragen, Kriege, Zerstörungen und schließlich die Zeit der Seilung hemnten ihre Entwicklung. Aber sie erholte sich von allen Erschütterungen und setzte sich schließlich durch; besonders in der Nachkriegszeit machte sich ein starker Wille zur Aufwärtsentwicklung bemerkbar. Die Bewohner dieser Stadt werden sich dazu überlegen können. Zwar vermögen wenige Jahrzehnte nicht auszugleichen, was Jahrhundertverfümten, aber das heutige Magdeburg zeigt in allen politischen Parteilagen Lebensenergie, die zu den besten Hoffnungen berechtigen. Bürgerfium und Heimallie sind die Fundamente der Städte. Und gerade in Zeiten der Not zeigt sich die Bedeutung jener unerschöpflichen Kraft, die das Gesamtinteresse voransetzt und für die Zukunft Werte schafft.



Einß wachsen die Städte so.

gewonnenen klaren Einsicht in die Ziele unseres Städtebaues; der in allen Schichten der Bevölkerung unter dem Druck der Wohnungsnot und der mißliebigen Wohnungswirtschaft zum Gemeinwohl gewordenen Erkenntnis von der unbedingten Notwendigkeit einer raschen Besserung unserer Wohnverhältnisse, und vor allem dem überragenden Einfluß auf städtebauliche Entwicklung und Wohnungsbau, der in die öffentliche Hand dadurch gelegt ist, daß die Städte nicht nur durch Ausübung ihrer Hoheitsrechte, sondern vor allem als Träger der unentbehrlichen öffentlichen Mittel die Entwicklung tatsächlich in einer entscheidenden Weise leiten konnten. Dazu begünstigte vielfach das aus der traurigen Erwerbslosigkeit in den Städten entstandene Bedürfnis nach Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinden die Durchführung städtebaulicher Pläne, z. B. die Schaffung von Grünanlagen, Spiel- und Sportplätzen, und in mancher ehemaligen Seilungsstadt brachte die durch den Friedensvertrag erzwungene Schließung der Besatzungsanlagen den Anstoß zu lebendiger städtebaulicher Entwicklung der Stadterweiterungsgebiete.

Die Ziele der kommunalen Arbeit auf dem Gebiete des Städtebaues und Wohnungswesens liegen heute klar: Es gilt die wohnliche Unterbringung der Bevölkerung so zu lösen, daß ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen befähigend Rechnung getragen wird, es gilt die Schäden zu vermeiden, die sich aus der Zusammenbrängung der städtischen mit Handel, Gewerbe, Industrie, Verkehrsanlagen usw. aus engem Raum ergeben. Damit ist der unläsare Zusammenhang zwischen Städtebau und Wohnungswesen gegeben. Die kommunale Fürsorge für das Wohnungswesen wird sich die Bekämpfung der Wohnungsnot und die Hebung der Wohnungsqualität auf eine mögliche hohe Stufe zur Aufgabe setzen. Ihre Voraussetzung ist die Berücksichtigung der Lebensführung dieser Aufgabe bleibt, daß städtebauliche die Beziehungen der Wohnkörper zueinander und zu den anderen Elementen des Städtebaues — Straße, Platz, Verkehrsanlagen, Grünfläche, Geschäfte- und Industriegebiet — so geregelt sind, daß die Befriedigung des Wohnungsbedarfes nicht mit anderen Lebensbedürfnissen (Weg zur Arbeitsstätte, Spielmöglichkeit für die Kinder, Erholungs-möglichkeit für die Erwachsenen) in Widerspruch gerät. Die den Städten in der Nachkriegszeit gebene Möglichkeit, auf die Stadterweiterung nicht nur durch stadtlinienn und Bauordnungsverordnungen einzugehen, sondern selbst durch die Verleihung der öffentlichen, für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel zu bestimmen, wo und wie gebaut werden soll, hat erfreulicherweise vielfach zu einer Stadterweiterung in großen Zügen und in gefunden Formen geführt. Wo die Vorteile einer Konzentration der Siedlungsstätigkeit erkannt und der Entwicklung nutzbar gemacht worden sind, können wir die Entfaltung neuer großer Wohnviertel, sei es in städtischer Regie, sei es durch gemeinnützige oder private Unternehmungen, beobachten, die nach einheitlichem Rhythmus gestaltet sind und erfreuliche Fortschritte in städtebaulicher wie in wohnungswirtschaftlicher Beziehung aufweisen. Man vergleiche nur das Bild einer solchen neuen, oft gartenstadt-ähnlichen, aufgelockerten Dorfstadtplanung mit den trostlos enghaubten Wohnvierteln, in denen sich die Stadterweiterung der 80er und 90er Jahre vollzog.

Die Trennung von Wohn-, Gewerbe- und Industrievierteln, eine der wichtigsten Forderungen des Städtebaues, wird erfüllt, dabei die Lage der Wohngebiete zu den Arbeitsstätten der Industrie- und Geschäftsviertel mit dem Ziele bedacht, den Arbeitsweg tunlichst zu verkürzen, ihn soweit als möglich auch unter Berücksichtigung des notwendigen Massen- und Schnellverkehrs mit günstigen Verkehrsmitteln auszufüllen. Künftig ist das Unzulängliche der Forderung des „Wald- und Grünflächen“-erkenntnis. Das gesamte Stadtgebiet muß durch Grünflächen so aufgelockert werden, daß für den Wohnort der Wohnviertel auch wirklich zu Gute kommen, wobei vor allem auch auf die Kinder und Kleinkinder (Kindergartenerweiterung!) Rücksicht zu nehmen ist, da der Stadtbewohner nur weit entfernten Erholungsflächen, insbesondere wenn ihre Erreichung die Benutzung kostenpflichtiger Verkehrsmittel erfordert, doch nur ausnahmsweise Gebrauch machen kann.

Während man sich früher auf einen Platzanlagen beschränkte, die mit dem frischen Grün ihrer Rasenflächen, Anlagen von Zierpflanzen gemäß ein hübsches Bild boten, zumal sie als Oasen im einseitigen Häusermeer erschienen, liegt das Hauptgewicht jetzt auf den Zusammenhängen der Grünflächen, die von dem die Stadt umgebenden Landwirtschaftlich genutzten Gebiet, den im Umkreise liegenden Waldungen ausgehend, in ihren Ausläufern möglichst bis zum Stadtkern vordringen und ein Gefäßsystem im Stadtkörper bilden, dem die Aufgabe zufällt, die frische Luftzufuhr zu den Wohn- und Arbeitsvierteln zu sichern. Diefem Grünflächen-system sind die bebauten zu schließen, gegebenen Natur-schönheiten alte Baumgehänge, reizvolle Bachläufe, Hügelgruppen — lichenoll ein-zufügen und im Zusammenhange hiermit ausreichende Spiel- und Sportplätze, Dauer-kleinertanlagen zu schaffen, schließlich die Friedhöfe in den Stadtkern einzu-ordnen.

In den neuen Wohnvierteln unserer Städte ist der „Kultus der Straße“, der den Städtebau der Vorkriegszeit lange beherrschte, überwunden. Breite Straßen-bänder werden nur dort vorgesehen, wo ein starker Durchgangsverkehr aufzunehmen ist, geringe Abmessungen, natürlich — zur Sicherung ausreichenden Lichteinfalls in die unteren Geschosse — in ihrem Ausmaße an die zufließende Bebauungsgröße angepaßt. Die Anforderungen an die Wohnviertel werden insbesondere in Klein-wohnungsgebieten auf das höchste Maß herabgesetzt, Bürgerreize ganz oder teilweise fortgelassen, Vorgärten durch einfache Rasen-streifen, möglichst ohne Einfriedigungen, ersetzt. Die so gewonnenen Ersparnisse an Aufschlüsselungskosten haben in Verbindung mit einer glücklicheren Aufteilung der Bauvolumen unter Vermeidung der früher üblichen, tiefgeschichteten Bauweisen die Entzerrung — eigentlich Wiederkehr — eines neuen Wohnhausbaus, des Mittel- und Klein-hauses wirtschaftlich ermöglicht, wozu auch die Herabminderung bau-polytechnischer Anforderungen beigetragen hat. Die vielschichtige Mietskategorie der Vorkriegszeit mit Hinter- und Seitenflügeln, engen, lichtlosen Höfen gehört der Vergangenheit an. In den Außen-bezirken der Stadterweiterungsgebiete, deren bauliche Erschließung in der Nachkriegszeit neu in Angriff genommen ist, hat sich wohl ganz überwiegen der flachbau durchgeföhrt, in den noch nicht ausgebauten Vorstadtgebieten das dreigeschossige Mittelhaus, soweit nicht allzu hohe Bodenpreise und Aufschlüsselungskosten, insbesondere auch vorhandene kostenpflichtige Straßenanlagen eine dies- oder jenes flügel-gehöufige Bauweise erzwangen. Die in diesen Städten nur noch zur Ausfüllung von Baulücken zugelassen worden ist, fand in Hand mit

dem Vordringen des Klein- und Mittelhauses ist eine erfreuliche Hebung der Wohnkultur durch Verbesserung der Grundverhältnisse gegangen. Die neuerschaffenen Wohnungen sind freilich mit Rücksicht auf die Steigerung der Baukosten in ihren Ab-messungen — Wohnfläche und Geschöshöhe — kleiner als die üblichen Wohnungen der Vorkriegszeit, aber in ihrer zweckmäßigen An-ordnung, ihrer Ausstattung mit technischen Hilfsmitteln (Gas, Wasser, Elektrizität, Bad usw.) den Kleinwohnungen der Vorkriegs-zeit meist weit überlegen. Vieles ist — bei flachbauweisen regelmäßig — Hausgärten beigegeben, die bei sachgemäßer Bebauung und Pflege einen wertvollen Naturerholungsmittelzufuhr für den Haus-halt gewähren können. Auch die Wohnform des Eigenheims hat sich in wachsendem Umfange durchgesetzt und wird in den über-gangsbereiten zwischen Stadt und Land, in denen beträchtliche Teile des Stadtweidbalds zwar der landwirtschaftlichen Nutzung allmählich infolge unzulänglicher Rentabilität verloren geben, aber dauernd gärtnerlicher Nutzung erhalten bleiben müssen, zur Vorbereitung gelangen.

Der Grundgedanke des modernen Städtebaues, das Prinzip der Dezentralisation, hat sich, wenn wir die Entwicklung der heutigen Stadt in der Nachkriegszeit überhauen, wohl überall durchgesetzt. Er kann — braucht aber nicht — in der Begründung selbständiger Gartenstädte in der weiteren Umgebung der Großstädte seinen Aus-druck finden, für deren Entstehung die wirt-schaftlichen Voraussetzungen in den letzten Jahren gegeben sein werden. Auch eine sich an den gewachsenen Stadtkörper anschließende Stadterweiterung kann den De-zentralisationsgedanken verwirklichen, wenn sie vermehrt, fontenreich Häuferting auf Häuferting mit dem Stadtkern zu legen und systematisch das Ziel verfolgt, durch den Bebauungsplan Flächen in weitest-möglicher Ausmaße festzulegen, die dauernd der Bebauung entzogen und als Grünflächen erhalten bleiben, wobei das „Zugeln“ — in der Form von Hausgärten, Dauer-kleinertanlagen, Erwerbsgärtnerinnen — das „Ziergeln“ mehr und mehr verdrängt.

Ein solches Grünflächen-system wird dann in Verbindung mit zu er-haltenden Waldflächen, Parks, Wasserflächen, Spiel- und Sportplätzen, Friedhöfen, jene Auflockerung des Stadtkörpers sichern, die den besten Schutz gegen die Nachteile der großstädtischen Bevölkerungs-anhäufungen bietet.

Voraussetzung hierzu sind freilich Weidbildflächen, bei deren Bemessung man sich von den Vorstellungen des Vorkriegsbedarfes frei machen muß. Vor allem wird es aber eine Aufgabe der Städte-bau-gesellschaft sein, die Durchführung solcher Gesichtspunkten Rechnung tragender Stadterweiterungspläne zu erleichtern. Die Notwendigkeit, irdischebauliche Regelungen in großen Abschnitten nach ein-beitlichen Gesichtspunkten vorzunehmen, wie sie in der Nachkriegszeit an die Städte herantreten ist, zwingt zu einer Anpassung der Selbstverhältnisse an die Planungen in einfachem und rohem De-zentralisationsinteresse muß sich hier das Privat-interesse des einzelnen Bodenbesitzers unterordnen. Die Zukunft unseres Städtebaues und anderer Wohnwesens wird wesentlich davon abhängen, wie der Gesetzgeber diese Aufgabe lösen wird. Sie kann bei ihrer engen Verknüpfung mit den Fragen des Eigentums, den vielfach bei Stadterweiterungen notwendigen Überforderungen der Gändergrenzen, der Notwendigkeit, insbesondere auch eines der wichtigsten Elemente des Städtebaues, die Eisenbahn, in die Stadt-pläne einzuordnen, nur vom Reichsgesetzgeber befriedigend gelöst werden.

Grundurchdringung des Weidbildes einer Großstadt



So wachsen sie heut.

## Städtische Wohlfahrtspflege.

Von Rechtsrat Dr. Kleindienst, Augsburg.

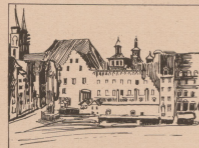
Seit der Belegung der gemeindlichen Selbstverwaltung zu Beginn des 19. Jahrhunderts ist die Wohlfahrtspflege in Deutschland eine ganz einflussreiche Aufgabe geworden, während sie im landesfürstlichen Territorialstaat fast staatliche Ansehung genossen und während des Mittelalters nur der Kirche beauftragt worden war. Das schließt das Eintreten der freien Wohlfahrtspflege für die ihr naheliegenden Kreise oder ihre Förderung von Sonderaufgaben und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden nicht aus. Daß die Wohlfahrtspflege sich gerade in den Städten zu einem so wichtigen Verwaltungszweig entwickelte, hängt mit der Beförderung der sozialen Verhältnisse, der wissenschaftlichen Erkenntnis ihrer Bedingungen und mit den Fortschritten in der Bekämpfung sozialer Mängel zusammen. Bei dem raschen Fortschritt der industriellen Entwicklung seit 1890 und der Zusammenballung der Bevölkerung in Großstädten sowie in Industriebezirken wandelt sich die

Hilfsbedürftigkeit für die Wohlfahrtspflege aus einer Erscheinung des individuellen Unglücks oder des persönlichen Verdienstes in eine gesellschaftliche Erscheinung und, die ihre Ursachen zum Teil in den Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung und zum Teil in sozialen, hygienischen und Sozialwissenschaftlichen liegen diese Ursachen immer stärker erkennen und zeigen die Wege zu ihrer Bekämpfung. Diese Fortschritte führten zur Arbeitsteilung und damit zur sozialen Gliederung der Wohlfahrtspflege. Für zwei besonders verheerende Krankheitserscheinungen entband die Säuglings- und Tuberkulosefürsorge und zur Verhütung ihrer hauptsächlichsten Ursache die Wohnungsfürsorge. Um frühzeitig an die Wurzel der gesundheitlichen und sozialen Erkrankungen heranzukommen, wurde die Schulgesundheitspflege und die Jugendfürsorge eingerichtet. Leiterfürsorge, Wandererfürsorge und die Verpflegung der Obdach-



1 Plan einer gotischen Stadt. Eingepflichtet Markt zwischen schmaltreppigen Gassen, Raumzwang, bedingt von Festungsmauern. Mynhl, Gildeweisen, Hofsteigell.

ihren Wirkungskreis fübrend geworden sind, meist sozialen Ursachen der Fürsorgefälle Grundlag der Wohlfahrtspflege die Individualisierung. Nur auf diese Weise konnten die Ursachen der Hilfsbedürftigkeit festgestellt, die zurechtfindenden Mittel angewandt und konnte neben der Hilfeleistung auch die rechtliche, wirtschaftliche und gesundheitliche Beratung gewährt werden.



2 Markt von Mühlberg. Trotz mannigfacher Veränderung auch heute noch geschlossen, laubhaft, Fernsiedlungs für eine streng geordnete Volksgemeinschaft.

teilung der Fürsorgezweige bearbeitet. Deshalb war es organisatorisch von großer Wichtigkeit die fürsorgeliche Tätigkeit so einheitlich zusammenzufassen, daß diese Einheitlichkeit sich bei der Behandlung des einzelnen Falles wie bei der Verfolgung der allgemeinen Ziele der Wohlfahrtspflege durchsetzte. Dadurch gelangten zugleich die vorbeugenden Maßnahmen zu großer Bedeutung, namentlich auf dem Gebiet der gesundheitslichen und der Jugendfürsorge. So war die Organisation und Arbeitsweise der fäktischen Wohlfahrtspflege durch die Grundzüge der sozialen Gestaltung, der Arbeitsteilung in fachlich geleitete Fürsorgezweige, durch die Individualisierung, die Ursachenbekämpfung und die vorbeugende Tätigkeit neben der positiven Hilfeleistung gekennzeichnet. Im einzelnen entwickelte sich die Organisation natürlich verschieden nach den hervortretenden Bedürfnissen und den vorhandenen Einrichtungen und Hilfsstellen. Dabei war die gesetzliche Grundlage schmal. Das Gesetz über den Interimshilfsmittelrecht des 1910 auch in Elsaß-Lothringen und 1913 in Bayern eingeführt wurde, die einseitigsten Aus-



3 Das Rathaus von Münster. Die hohe Hauptfronten des Faches die architektonische Form für hochfliegenden Bürgerstolz.

lofen sollten ebenso die fürsorgeliche Tätigkeit genügen mit ihren Bestimmungen über die Pflicht zur Hilfeleistung, die Voraussetzungen des Eingreifens, die Zuständigkeiten, die Kostenverteilung und das Verfahren. Alle übrigen Maßnahmen der Wohlfahrtspflege waren das Ergebnis der aktiven Verwallung der Gemeinden. Zur dieser Friedensgrundlage wurde die Kriegswohlfahrtspflege in größtem Ausmaß durchgeführt, die in die Familienfürsorge, in die Fürsorge für Kriegsbedürftige und Kriegswinterbedingte und die Fürsorge für wirtschaftlich Selbständige und in die Erwerbslosenfürsorge zerfiel.

Nach dem Kriege setzte eine weitgehende Umgestaltung der Wohlfahrtspflege ein. Den Anlaß gaben die sozialen Wirkungen des Krieges und seiner wirtschaftlichen Folgen. Neben der allgemeinen Fürsorge wurde 1918 die Erwerbslosenfürsorge einheitlich geregelt, 1919 die Fürsorge für die Kriegsoffer neu eingeführt, 1921 die Sozialrentnerfürsorge und 1925 die Kleinrentnerfürsorge geschaffen. Diese Zweige wurden zentral, einheitlich und gleichförmig geregelt. Dadurch wandelte sich die Wohlfahrtspflege der Städte größtenteils aus einer Aufgabe der Selbstverwaltung in eine Auftragsverwaltung um. Die Finanzierung der neuen Zweige erfolgte durch die Dotationen des Reiches, Länder und Gemeinden hatten lediglich die schließlichen Anteile aufzubringen. Die Wochenhilfe wurde als reine Reichsaufgabe durchgeführt. Form und Geist dieser allgemeinen Maßnahmen wirkten auf die allgemeine Fürsorge bereits hinüber.

fürsorgegesetz und die Gesetze für die Fürsorgeregelung genügen mit ihren Bestimmungen über die Pflicht zur Hilfeleistung, die Voraussetzungen des Eingreifens, die Zuständigkeiten, die Kostenverteilung und das Verfahren. Alle übrigen Maßnahmen der Wohlfahrtspflege waren das Ergebnis der aktiven Verwallung der Gemeinden. Zur dieser Friedensgrundlage wurde die Kriegswohlfahrtspflege in größtem Ausmaß durchgeführt, die in die Familienfürsorge, in die Fürsorge für Kriegsbedürftige und Kriegswinterbedingte und die Fürsorge für wirtschaftlich Selbständige und in die Erwerbslosenfürsorge zerfiel.

Nach dem Kriege setzte eine weitgehende Umgestaltung der Wohlfahrtspflege ein. Den Anlaß gaben die sozialen Wirkungen des Krieges und seiner wirtschaftlichen Folgen. Neben der allgemeinen Fürsorge wurde 1918 die Erwerbslosenfürsorge einheitlich geregelt, 1919 die Fürsorge für die Kriegsoffer neu eingeführt, 1921 die Sozialrentnerfürsorge und 1925 die Kleinrentnerfürsorge geschaffen. Diese Zweige wurden zentral, einheitlich und gleichförmig geregelt. Dadurch wandelte sich die Wohlfahrtspflege der Städte größtenteils aus einer Aufgabe der Selbstverwaltung in eine Auftragsverwaltung um. Die Finanzierung der neuen Zweige erfolgte durch die Dotationen des Reiches, Länder und Gemeinden hatten lediglich die schließlichen Anteile aufzubringen. Die Wochenhilfe wurde als reine Reichsaufgabe durchgeführt. Form und Geist dieser allgemeinen Maßnahmen wirkten auf die allgemeine Fürsorge bereits hinüber.

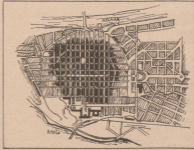
Mit der Befreiung der Währung und der Umstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse wurde 1924 die Selbstverwaltung der Städte in der Wohlfahrtspflege wiederhergestellt. In der Verordnung über die Fürsorgepflicht erhielten ihre rechtlichen Grundlagen eine völlige Erneuerung. Die Reichsgrundzüge über Voraussetzungen, Art und Maß der Fürsorge stellen geradezu eine Kodifikation der Erfahrungsgrundzüge der fäktischen Wohlfahrtspflege dar. Als Aufgaben der Fürsorge verknüpft wurden die Kriegsbeschädigten- und



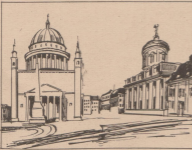
4 Franzlurt a. M. Blick auf den Dom. Stadtbau als Raumkunst.



5 Neumünster. Die Gewalt der Plastik im Stadtbild, Alles drängt zur einheitlichen Gruppe.



6 Der Stadtplatz von Mannheim. Nicht wie die gotische Stadt im Raumbau der Zeiten und Stufen entstanden, sondern einheitlich und stufenlos durch den befehlenden Willen des Fürsten. Die vom Schloß beherrschte Reichsmittelstadt.



7 Mal in Weimar mit Mikolajewski und Nathaus. Der Raum öffnet sich. Die Stimmungen der mittelalterlichen Welt sind gelassen. Die Freiheit des Bürgertums wirkt sich aus.

Kriegshinterbliebenenfürsorge, die Fürsorge für die Sozial- und Kleinrentner, die Arbeitsbeschaffung für Schwerbeschädigte und Erwerbsbeschränkte, die Fürsorge für die hilfsbedürftigen Minderjährigen, die Wohnen- und die Armenfürsorge bezeichnet. Daneben stehen die bereits vorher erwähnten wichtigsten Fürsorgezweige, von welchen die Arbeitslosen-

versicherung als Aufgabe der Reichsankalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über.

Amitten großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen stehen die Aufgaben der Wohlfahrtspflege vielfach neuen Zielen. Sie muß die Opfer der großen Umwälzung betreuen, die den Kampf um das Dasein hinter sich haben. Sie hat den Hilfsbedürftigen zu neuer Selbständigkeit zu verhelfen, die für sie noch Kräfte besitzen, und dadurch die Abzweigung zu leben, daß niemand in den Wechseljahren des Lebens ohne Hilfe bleibt. Ebenso notwendig ist es jedoch, die durch die Notstandsmaßnahmen der letzten Jahre gelähmten Unterhaltspflichtigen und die Kraft zur Selbsthilfe nachdrücklich zu fähren. Man schätzte die Zahl der in laufender Fürsorge stehenden Personen 1923 auf 2 Millionen, und im gleichen Jahre wurde ein Drittel der Ausgaben der Städte durch die Wohlfahrtspflege in Anspruch genommen. Bei der Höhe der Kosten ist deshalb eine möglichst wirtschaftliche Gestaltung der Wohlfahrtspflege unerlässlich.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist die Wohlfahrtspflege der Städte imhinde, wenn ihr im Rahmen der gemeindlichen Selbstverwaltung die aktivergerichte und finanzielle Bewegungsfreiheit und das Einsehen der aktiveren Verwaltungskräfte gewährt wird, und wenn die Gesetzgebung sich auf das beschränkt, was unbedingt gesetzlich festgelegt werden muß.

Jugendfürsorge 1923 eine besondere gesetzliche Grundlage erhalten. Die Erwerbslosenfürsorge geht nunmehr in

## Deutsche Schicksalsgemeinschaft.

Von Professor Dr. Ernst Jääh.

Ämeritliche Geitungen haben anlässlich des Beschließens heutigen Verfassungsartagen sgherstellt, daß einer der ersten Bedürfnisse, der nach dem Krieg beiden Verhältnissen und Öppmpasie für das neue Deutschland gesetzt hat, der Verfasser der nachstehenden Skizze ist. Diese beiden die wesentlichen, aber vereinzelten Seiten seiner Vorlesungen an amerikanischen Universitäten und an der Genfer Hochschule für internationale Politik. Der englische Vortrag Oxford Universitäts Siech hat diese Vorlesungen in einem Buch Die New Germany zusammengebeben.

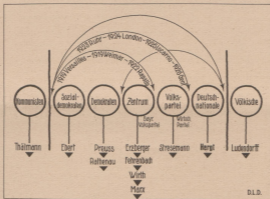
Am achten Jahrestag der Weimarer Verfassung hat der volksparteiliche Abgeordnete Siegfried von Kardorff in seiner Verfassungsrede im schließlich vollen Stimmtag mit ausdrücklicher Genehmigung festgestellt, daß sich alle großen Parteien heute zur deutschen Außenpolitik bekennen — zu einer gemeinsamen und zur gleichen Außenpolitik. Von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen: durch alle haben Parteien hindurch — mit der einzigen Ausnahme der beiden extremen Gruppen, der Kommunisten und der Volkischen, die beide den heutigen Staat und seine gesamte Politik ablehnen und sich immer wieder in revolutionärer Negation vereinigen. Deutschland hat wohl die meisten Parteien: ein Ausdruck seiner Geschichte, so unenterrbar, daß die führenden fünf Parteien der neuen Republik ziemlich genau die gleichen sind wie die historischen Parteien des alten Kaiserreichs. Trotz dieses Vielzahl der Parteien hat dieses Deutschland aber doch die einheitlichste Übereinkommnung in der Außenpolitik: auch dies ein Ausdruck einer neuen Geschichte und eines alten Schicksals. Gewiß ist es eine Seltenheit, daß alle „Staatsverhaltenden“ Parteien (non den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen) sich in einem formalen Einheitsbeschlusse zusammenschließen, wie zuletzt beim Kriegsgesetzgebungs des letzten Ausläufer des Versailles Vertrags), oder auch beim Monarchen-Ausschlusse-Gesetz (der wiederholten Bestimmung zum Schutz der Republik). Und ebenso richtig ist es, daß eine grundsätzliche außenpolitische Übereinkommnung von links bis rechts nicht in jeder Abhimmung zum Ausdruck kommt; wenn auch die Mehrheit der Parteien hatte recht, als er in seiner Absprecherrede in Oslo feststellte: „es wäre unmöglich gewesen, die Ideen und Grundsätze von Kocarno in Deutschland durchzuführen, wenn dieser Friedenswille nicht von der Gesamtheit des deutschen Volkes getragen würde.“ Und „Kocarno“ — dieses neue System internationaler Beziehungen ist schließlich das Symbol dessen, was Erzberger, Rathenau und Ebert versprochen und angefordert haben und was Stresemann und Hindenburg vollenden können.

Unsere Skizze veranschaulicht die äußere Entwicklung der Mittel- und Zusammenarbeit der deutschen Parteien. Der Anfang ist die Koalition von Weimar: vom Zentrum aus nach links, zur Demokratie und zur Sozialdemokratie. Das Ende ist die Koalition von heute: vom Zentrum aus nach rechts, zur Volkspartei und den Deutschnationalen. Dazwischen liegt die große Koalition: die Weimarer Koalition plus Volkspartei (dieses als Vorbereitern der Brücke zu den Deutschnationalen), und die kleine Koalition (der Mitte). Alle Koalitionen haben eine Tatsache gemeinsam: die Zentrumspartei ist immer zugleich auch wirkliches, räumliches Zentrum, der zentrale Pol in aller Koalitionen Kommen und Gehen. Die Chancen sind verschieden, aber die Grundbedingungen sind — außerpolitisch — die gleichen: ob links oder rechts nummeriert, das Zentrum bleibt immer Mitte. Erzberger, Scheubner-Rössner sind sich mit Preuß, Rathenau und Ebert zusammen, so wie Marx mit Stresemann und Hert.

Was bedeutet und beweist eine solche achtjährige Entwicklung — aus dem Zentrum nach links und nach rechts hin — zur grundsätzlichen außenpolitischen Übereinkommnung? Eine wachsende Einheit in die Grundtatsachen des heutigen Schicksals, eine umfassende Erkenntnis der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes.

Zus Napoleons politischen Erfahrungen und formulierenden stammt das einfache, vielfagende Wort: „Die Mutter aller Politik ist Geographie.“ Kiellen in Schweden, Razel und Hausbofer in Deutschland haben daraus die Geopolitik entwickelt. Selzigrione und Maschiner in England haben ihre „Geographie und Weltmacht“ und „Geographie — der Mittelpunkt der Geschichte“ ausgebaut. Für Deutschland befragt das geographische Schicksal: das Land der Mitte, das Zentrum Europas.

Deutschland ist kein Kontinent (wie Amerika — von Küste zu Küste), keine Insel (wie England), keine Halbinsel (wie Frankreich oder Italien — durch Ozeane und Gebirge geschützt), sondern ein zentrales Land, offen nach allen Richtungen, und deshalb der historische Kampfplatz für alle europäischn Nationen durch das 17., 18. und 19. Jahrhundert; abgeschloßert durch den englisch-französischen Kanalferridor von der Weltweite, in welcher England buntermal, Frankreich wagnigmal und Italien siebenmal ihr Heimatsgebiet fortsetzen und erweitern konnten. Gründe, aus denen Bismark wie Kiderlen gegen transozeanische Annehmungen waren. Es ist keine Übertreibung: geographisch ist die Lage Deutschlands die schwächste und schlechteste aller Länder.



geographische Schicksal: das Land der Mitte, das Zentrum Europas. Was heißt das in konkreten, zwangsläufigen Einzelheiten? Deutschland ist kein Kontinent (wie Amerika — von Küste zu Küste), keine Insel (wie England), keine Halbinsel (wie Frankreich oder Italien — durch Ozeane und Gebirge geschützt), sondern ein zentrales Land, offen nach allen Richtungen, und deshalb der historische Kampfplatz für alle europäischn Nationen durch das 17., 18. und 19. Jahrhundert; abgeschloßert durch den englisch-französischen Kanalferridor von der Weltweite, in welcher England buntermal, Frankreich wagnigmal und Italien siebenmal ihr Heimatsgebiet fortsetzen und erweitern konnten. Gründe, aus denen Bismark wie Kiderlen gegen transozeanische Annehmungen waren. Es ist keine Übertreibung: geographisch ist die Lage Deutschlands die schwächste und schlechteste aller Länder.

Nach politisch ist die Lage Deutschlands die schwächste und schlechteste aller Mächte. Nur Deutschland hat in Europa fast alle Großmächte als Nachbarn gehabt schon vor dem Weltkrieg, und nur Deutschland hat heute die größte Anzahl von Nachbarn der Welt, direkt ein Dutzend und indirekt gar fünfzehn. Die einzige geographisch und politisch offene Tür, die das Bündnis mit Österreich genötigt und zu dem vielfach mifeherfindenden Zugang und Zusammenhang „Berlin—Bagdad“ führte, wurde durch die deutsch-österreichische Niederlage geschlossen und durch die Staatenverträge der Nationalitäten der Habsburger Dynastie verriegelt.

Die geographische und politische Einkreisung (zunächst in räumlichem Sinn) des deutschen Mittelpunktes im europäischen Kreis wurde schon vor dem Weltkrieg verhängnisvoll und ist heute militärisch noch mehr und soll durch das zwanzigste Jahr zum „Weltteil“ (wie Stresemann in Oslo sagte), und jeder Nachbar ist Deutschland durch Bewaffnung überlegen. Den Millionen von Reflektoren, den Tausenden von Flugzeugen, den Hunderten von Landkanns kann Deutschland nichts und abgemals nichts gegenüberstellen; nicht zu reden von anderen modernen Kampfmitteln, von den entmilitarisierten, entfestigten Zonen und dergleichen.

So ist Deutschland die einzige Macht, deren auswärtige Politik weder durch die militärische Sicherung von Rüstungen und Bündnissen noch durch die natürliche Sicherheit einer nationalen Geographie geschützt.

Dazu ist Deutschland die „internationalisierte“ gelegene Nation. Keine Nation der Welt hat ihre Volksgenossen so zerstreut und zerstreut wie Deutschland: unter acht benachbarten und sieben an die wieder anstehende Staaten: rund zehn Millionen Deutsche in fünfzehn direkten und indirekten Nachbarstaaten; zum Teil in so großen „Minderheiten“, daß sie zusammen mit anderen Minoritäten die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Deutschland ist das einzige Volk, das national nicht einheitlich werden konnte.

Und schließlich auch wirtschaftlich ist Deutschland durch Versailles mehr „internationalisiert“ worden, als es zuvor war. Wirtschaftliche Autarkie war für ein Volk nie möglich, das zwanzig Millionen mehr hat als sein Boden ernähren kann. Aber Versailles hat nicht nur die bekannten Gebiets-, Ernährungs- und Rohmaterialverluste gebracht, sondern auch die Grenzen so gezogen, daß sie überdies politisch trennen und unterirdisch wirtschaftlich verbinden, mit Frankreich und Belgien wie mit Polen und Tschechoslowakei. Wiederum hat jeder dieser Nachbarn nur mit Deutschland allein zu rechnen, aber Deutschland mit allen gemeinsam. Die „nationale“ Wirtschaft wird „internationalisiert“ durch die gleichen natürlichen Kräfte, die Deutschland in die Mitte der europäischen Völker und Nationen gepflanzt hat.

Aber — und das ist die Kernseite der Medaille: so gewiß es ist, daß kein Mittelpunkt möglich ist ohne einen Kreis, so sicher ist es auch, daß kein Kreis möglich ist ohne den Mittelpunkt. Im Zitat der Worte eines amerikanischen Staatsmannes: Wo hang together or we hang separately! Oder in des Reichswirtschaftsministers

Curtius Fassung: „Europas Schicksal ist Deutschlands Schicksal.“ Und umgekehrt: Deutschlands Schicksal ist Europas Schicksal. Wenn das Herz eines Organismus erkrankt, leidet der ganze Organismus. Nicht noch: der Organismus kann ohne das Herz nicht existieren. Daher das drängende Verlangen im Deutschland: „Mittelpunkt ist Dölkербund auf die Gefahr hin, ein Spätier oder Besäulen zu verlieren: das „Herz“ ist notwendiger als eine „Hand“ oder ein „Finger“. Daher die amerikanische Initiative des Dawesplanes — auch gegen Frankreich. Daher endlich die deutsche Initiative zu „Locarno“.

Was heißt „Locarno“? Im Gleichnis von Kreis und Mittelpunkt ausgedrückt, das heißt geographisch und geopolitisch: wir sind der Mittelpunkt eines Kreises, dessen Radiusse auf uns konzentriert, gegen uns gerichtet sind. Wir können diese Radiusse nicht beseitigen, ihnen nicht entziehen, gegen sie nichts ausrichten. Wir können mit ihnen nur zusammenhängen, zusammenarbeiten: wir sind ja selbst ein Teil dieser Radiusse, ihr Mittelpunkt. Wir können die Radiusse nur umbiegen, umkehren — in Diagonalen, in Verbindungslinien. Ober: die Pfeile dieser Radiusse, die gemeinsam die Joliertheit des Mittelpunktes bedrohen, umändern in gemeinsame Verbindungen, um die Gemeinschaft des Kreises zusammenzuführen, um die Sicherheit des Mittelpunktes sowie des Kreises zu erreichen. Das ist die Mathematik und Philosophie von Locarno, seine Logik und sein Gesetz, sein Zielsetzungs- und seine Soziologie. Daher auch die Tatsache der unmittelbaren Durchdringung aller staatsrechtlichen und Vermittlungsorganen Deutschlands mit fast allen peripheren Punkten Europas: lauter Diagonalen, Verbindungslinien — fast des alten Systems der bedrohenden Einkreisung durch Rüstungen und Bündnisse. Früher konnte es heißen: „Nur kennt kein Gebot.“ Jetzt kann und muß es heißen: „Nur kennt ihr Gebot. Das europäische Zentrum wird zum organischen Mittelpunkt eines aktiven Ausbaus von wirklichem Dölkербund.“

Die Sichtbarmachung dieser Logik und dieses Gesetzes ist der Verlauf der deutschen Außenpolitik seit acht Jahren. Die wachsende Einheit in die Zwangsläufigkeit dieser Zusammenhänge bewirkt die wachsende Übereinstimmung aller staatsrechtlichen Parteien bis zur Einkimmigkeit. Mit der Intuition und dem Willen der Völkereiheit hat diese Entwicklung begonnen, durch die Einheit und Befolgschaft aller Parteien wird sie befähigt. Von Weimar, Versailles und Rapallo an bis zu den in aktiverer Folge sich aneinanderreihenden Verträgen von London, Berlin, Locarno und Genf, bis schließlich zur Regierungsmitarbeit der Deutschnationalen mit dem Programm der internationalen Solidarität.

„In seinem „Locarno sans Révo“ sagt Fabre Luce: „Die internationale Solidarität kann ein politischer Prinzip er werden, wenn und soweit jedes Volk die Zusammenhänge erkennt durch eine Vertiefung seines nationalen Bewusstseins.“ Es ist bei dem deutschen Schicksal, aus dem unentzerrbaren Gesetz seiner „internationalen“ Lage jenseit die nationalen Grundlagen einer internationalen Politik verziehen zu müssen und durchzuführen zu dürfen.

## Die Völkербundstagung.

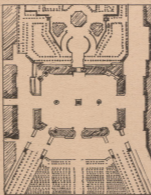
Die diesjährige, achte Völkербundversammlung ist am 5. d. M. in Genf mit einer Rede des derzeitigen Präsidenten des Völkербundes Dillagas (Chile) eröffnet worden. In seiner Rede, in

der Dillagas die Bilanz des abgelaufenen Völkербundjahres zog, befaßte sich er sich besonders ausführlich, wenn auch rechtlich optimistisch, mit den bisherigen Bemühungen um die Abrüstungsfrage. Er stellte in diesem Zusammenhang die drei Ecksteine: Schlichtungsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung in den Vordergrund. Seine Rede hat sich, das kann man nach Ablauf eines Teiles der Völkербundversammlung sagen, als ein Hinweis auf die Hauptgeschehnisse der Tagung erweisen. Was sich seitdem dort ereignet hat, was beantragt und besprochen wurde, befaßte sich hauptsächlich mit diesem Problemkreis.

Schon vor dem Beginn der Völkербundversammlung, während der Sitzungen des Völkербundrats, tauchten in Genf und anderswo allerlei Gerüchte von einer bevorstehenden polnischen Initiative auf. Polen, so hieß es, wolle der diesjährigen Völkербundversammlung einen allgemeinen Nichtangriffspakt vorschlagen, den h. also einen Vertrag, durch den die sämtlichen Staaten verpflichtet sollten, nie gegen einander zum Angriff zu scheitern. Dann hieß es wieder, Polen wolle die Frage der Sicherheit in Osteuropa aufs Capet bringen, es wolle ein Locarno des Ostens, also eine Garantieung

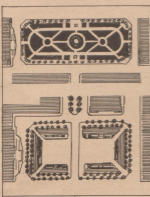
der Grenzen im östlichen Teil Europas vorschlagen. Schließlich kam die Andeutung, die Polen wollten eine allgemeine Erklärung gegen den Krieg, die von sämtlichen Mitgliedstaaten des Völkербundes unterschrieben werden sollte, beantragen. Es er

gab sich, daß die letztgenannte Andeutung das Richtige sei. Der polnische Vorschlag wurde der englischen und französischen und deutschen Delegation mitgeteilt, und die Juristen dieser Delegation zusammen mit dem der polnischen berichten ihn ausgiebig und brachten ihn in eine Form, mit der sich die genannten drei Großmächte einverstanden erklären konnten. Inzwischen hatte jedoch der holländische Minister des Äußeren, Beelaert van Bloland, ganz unerwartet und offenbar ohne vorher mit einer anderen Delegation sühigung genommen, zu haben, am 6. September einen Referationsentwurf in der Völkербundversammlung eingebracht, der zu prüfen vorliege, ob der Augenblick nicht gekommen sei, um das Stadium der Grundfrage wieder aufzunehmen, die die Basis des Genfer Protokolls gebildet haben. Die holländische Entschließung endigte mit dem Antrag, die Prüfung der wesentlichen Grundfrage des Genfer Protokolls erneut aufzunehmen. Diese abergenannte holländische Initiative, die von den kleineren Nationen sehr lebhaft begrüßt von den Engländern aber sofort recht deutlich kritisiert wurde, brachte die Genfer Atmosphäre in starke Schwingungen. Man hatte man also



8 Der Konferenzsaal in Genf, die Hauptstätte des Völkербundstages in Genf. Reprozentativer Raum für feierliche Aufzüge und nachfolgenden Vorträge.





9 Hagia Sophia in Konstantinopel. Sie wurden von den Kreuzfahrern zerstört. Sie sind heute wieder gebaut. Die Kirche besitzt nicht unvollständigen Raum, sondern Renaissance.

ten würde, natürlich ebenfalls ablehnt, und er durchaus im Sinne Frankreichs



10 Die schönste Straße der Reichstages-Galerie. Ein Kreuzhof; für das Auto kaum verkehrbar.

fammet mit Polen hätte einbezogen werden könnte ziemlich sicher gewesen wäre.



11 Gasse in Stuttgart. Mit schrägen Dächern, aber pestilenzischen Mauern.

plötzlich zwei Resolutionsentwürfe: den polnischen, durch das Juristenkollegium umgearbeiteten, und den holländischen.

Das Genfer Protokoll, das im wesentlichen eine französische Schöpfung ist, an der der Dame Paul Boncourts teilhat, und das auf eine Festlegung und Garantierung des durch den Weltkrieg geschaffenen Status quo für alle Zeiten hinausläuft, ist bekanntlich am Wierdijand Englands gescheitert, und Chamberlain hielt ihm auf der Dölderbundsoberversammlung des Jahres 1923 die Hand über. Der holländische Antrag, der Grundgedanken des Genfer Protokolls erneut zu prüfen, richtete sich also direkt gegen England, und da Deutschland das Genfer Protokoll, das eine Anerkennung der deutsch-polnischen Grenzen bedeutet, auch gegen Deutschland, wolle, und seiner östlichen Bundesgenossen liegt, Aussicht auf Verwirklichung hat er also nicht, auch wenn die Holländer auf seiner Beratung vor versammeltem Plenum der Dölderbundsoberversammlung bestehen wollten.

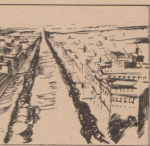
Kann hätte sich die Zustimmung über den holländischen Vorstoß etwas gelegt, als man erfuhr, daß nun die Polen den von den Juristen ausgearbeiteten Entwurf nicht mehr aufrechterhalten wollten und ihren eigenen ursprünglichen Entwurf der Dölderbundsoberversammlung vorzuziehen gedächten. Das geschah denn auch durch den polnischen Delegierten, Sokal, am 9. d. M. Jetzt hatte man es also nur noch mit einer rein polnischen Initiative zu tun, während der von den Juristen ausgearbeitete Entwurf von

mehreren Großmächten zu werden sollen und dadurch der polnische Antrag, wie er jetzt vorliegt, sagt, daß ein Angreifungsriegel in keinem Fall als Mittel zur Regelung von Differenzen zwischen Staaten dienen soll, und daß er aus diesem Grunde ein internationales Verbrechen darstellt. Der Angreifungsriegel soll verboten und alle Mitglieder dazu verpflichtet werden, für die Regelung von Zwischenfällen jeglicher Art nur friedliche Mittel in Anspruch zu nehmen. Die Beurteilung des polnischen Antrags ist in England und Deutschland ablehnend, und die deutsche Delegation hat ihm bereits ein entscheidendes Nein entgegen gesetzt. Er ist für den Versuch Polens, über den Dölderbund eine Garantie seiner Grenzen zu erhalten.

Eine französische Zeitung schrieb zu dem polnischen Vorschlag, die Polen wollten dadurch die Möglichkeit einer Revision der Grenzen schließen, und die ganze Welt veranlassen, einer rein polnischen Politik zu dienen. — Im übrigen sprach man bisher in Genf sehr viel von der Abklärung der schwebelichen Angelegenheiten der Ostgrenzen, der häufige Augenminister Molotov, der holländische Augenminister Beelaert van Blofand und der ungarische Vertreter Graf Apponyi bezogendeten die Abklärungsfrage als die Kernfrage des Dölderbunds und endlich Laten folgen sollten. Reichs-

minister Stresemann, dessen großangelegte Rede nicht nur den Beifall der Dölderbundsoberversammlung, sondern auch den des Preßes der ganzen Welt gefunden hat, hat auf dieses Problem ebenfalls in dringlicher Weise hingewiesen. Er bezeichnete die Abklärung als den Prüfstein für die moralische Eignungsfähigkeit des Dölderbunds, dessen Zukunft von der allgemeinen Zustimmung abhängt. Er erinnert an das der Welt feierlich gegebene Wort, daß die Abklärung der im Kriege unterlegenen Nationen die Voraussetzung für die kommende allgemeine Abklärung sein solle. Diese Kernfrage des Dölderbundes ist für das künftige Volk tatsächlich eine Lebensfrage. Hoffen wir, daß die diesjährige Dölderbundsoberversammlung ihre Verwirklichung näherbringt.

Reichsminister Stresemann machte in seiner Rede unter dem Beifall des ganzen Hauses die Mitteilung, daß Deutschland der Fakultativklausel des Haager Schiedsgerichts beitrete. Das bedeutet, daß Deutschland sich verpflichtet, künftig bei Streitigkeiten rechtlicher Art mit Staaten, die diese Fakultativklausel ebenfalls angenommen haben, ohne weiteres sich dem Schiedspruch des Haager Schiedsgerichts hofes zu unterwerfen. Deutschland ist die erste Großmacht, die sich dazu entschließt, da die Unterwerfung Frankreichs bisher nicht ratifiziert worden ist. Deutschland hat damit auf dem Wege zur Schiedsgerichtsbarkeit einen wichtigen Schritt getan. Er hat auch in der Presse Frankreichs, Englands und der kleineren Staaten Europas allgemeine Anerkennung gefunden, und es ist richtig hervorgehoben worden, daß Deutschland damit das einzige positive Ergebnis herbeigeführt hat, das in Genf bisher erzielt wurde. Jedenfalls hat Deutschland seinem Willen zum Frieden durch den Beitritt zur Fakultativklausel des Haager Schiedsgerichts durch eine Tat bekräftigt, während man diesmal in Genf bisher nur Worte vernommen hat.



12 Die Champ de Mars in Paris. Genoaebau in die Unvollständigkeit. Eine Gleichheit für Verbrechen. Die Höhe einer Weltballung.



13 Die Marienkirche in Bernau. Die Höhe der Stadt bestimmen. Das durch geschichtliche Freiheit erhebt sich modern über den kleinen Dölderbunden.



14 Nürnberg mit der Burg. Abermals: Die Höhe der Stadt bestimmen.

# Rückblick auf das dritte Reparationsjahr.

Von Oberregierungsrat Dr. Berger.

Am 31. August d. J. ist das dritte Jahr des Sachverhältnismangels abgelaufen. Deutschland hat während dieses Jahres 1500 Millionen G.M. in die Kasse des Generalagenten für Reparationszahlungen abgeführt. Angesichts dieser gewaltigen Leistung, in der 500 Millionen G.M. freiwillige Vorleistungen auf Grund des Abkommens über die Ablösung des sogenannten kleinen Wesserscheins enthalten waren, sollten alle Kritiken an der deutschen Reparationspolitik zunächst einmal erkalten. Die innere Finanz-, Kredit- und Wirtschaftsberührung ist Deutschlands eigene Angelegenheit, auch nach dem Dawesplan. Die Kritiker des Auslandes sollten sich daher bemühen, zunächst die Leistungen gerecht zu werden, die dem Gegenstand unserer eigenen Verpflichtungen bilden. Wenn ihre Kritik im übrigen von dem weiteren Gedanken geleitet ist, der dem Sachverhältnismangel zugrunde liegt — Befriedigung der Reparationsfrage und der Weltwirtschaft —, so ist sie willkommen, anderenfalls empfinden wir sie als ungerechte Lügelei; das sollte vor allem auch der deutsche Reparationskritiker, dem — wie jedem Deutschen nun einmal — das Ziel ganz besonders liegt, bezweigen.

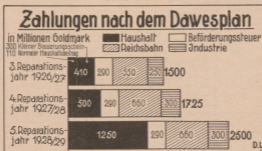
Wenn wir uns einen Begriff von der Größenordnung der bewirkten Leistung machen wollen, so müssen wir sie ins Verhältnis zu unseren täglichen Bedürfnissen, namentlich zu denen, die wir erleben, setzen. Zahlenvergleiche sind ökonomisch und trügerisch, z. B. die häufig angewandte Relation zwischen Reparationsleistung und Volkseinkommen. Prüft man dagegen, was dem einzelnen nach Abzug aller öffentlichen inneren Kosten noch zum eigenen Verbrauch übrig bleibt, beobachtet man, daß die Reparationslast direkt und indirekt von den berechtigten Massen getragen wird — wie dies volkswirtschaftlich auch nicht anders möglich ist — und setzt man das dem einzelnen danach befahrene ins Verhältnis zu den auf ihn fallenden Reparationslasten, so wird die Schwere des Aufbringensproblems verständlicher. Einwandfreie Unterlagen zur Berechnung solcher Vergleiche fehlen leider z. T. wie im Ausland auch in Deutschland. Unvollkommene Berechnungen dieser Art sind aber noch immer jenen oberflächlichen Berechnungen vorzuziehen, wie sie z. B. in England beliebt sind, wo man mit dem Vergleich zwischen der englischen Staatsschuld und den deutschen Reparationslasten die höheren Kosten des englischen Zinstens beweisen will, ohne den festen

Marxismus, daß es ein ganz anderes Problem ist, innere Schulden zu tilgen als Mittel anzufindigen, die der heimischen Wirtschaft ermöglichte Entzogen werden, die unmittelbar also überhaupt keinen errenten Nutzen bringen können. Die Größe unserer Leistung muß aber selbst unseren Gläubigern imponieren, namentlich den Schuldnern Amerikas, die insgesamt nur etwas mehr als die Hälfte der deutschen Leistung an ihr Gläubigerland abgeführt haben und trotzdem jedes für sich in Anspruch nehmen, daß die Last der äußeren Schuld zu drückend sei. Auf diesen Zusammenhang hat übrigens — entgegen der bisherigen Haltung der amerikanischen Regierung in der Schuldpolitik der Staatssekretär Mellon mit dem von England zu fast beibehalten — Worten hingewiesen, die alliierten Hauptschuldner erhielten durch die Reparationsleistungen Deutschlands mehr als genug, um ihre Schulden an Amerika (Frankreich und Italien auch noch ihre Schulden an England) zu bezahlen, und damit gleichzeitig aus deutliche das starke wirtschaftliche und politische Interesse bezeugend, das das größte Gläubigerland, Amerika, als letztes Empfangsland der Reparationen, an dem Funktionieren des Sachverhältnismangels hat. Wenn auch der Eingang der Zahlungen der Schuldinternationen rein zahlenmäßig betrachtet für Amerika, an dem Gesamtloos der Produktion und der Warenmengen gemeinsam, keine Bedeutung, Rolle spielt — inwiefern sich die Zahlungen letzten Endes wirtschaftlich als Vorteil auswirken werden, bleibt erst abzuwarten —, so bedeuten sie jedenfalls nach übereinstimmender Meinung der Schuldnerländer eine schwere drückende Last der letzteren. Dies gilt ganz besonders für Deutschland, das den Krieg verloren, seine wirtschaftlichen Hilfsmittel oder zahlende Schuldner wie die Alliierten hat und nach den verberberenden Auswirkungen der Inflation unter ungeheuren Schwierigkeiten einen dauerhaften Wiederaufbau seiner Gesamtwirtschaft erkämpfen muß. Dieser Wiederaufbau, der in hohem Maße von der raschen Ablösung von Eigenkapital abhängt und der allein die Grundlage für das

funktionieren des Sachverhältnismangels bilden kann, wird naturgemäß stark durch den fortwährenden Überlag beeinträchtigt, die zur Aufbringung und Entziehung der Reparationsbeträge erforderlich. Hierbei dürfen wir uns auch nicht etwa durch die Bitte täuschen lassen, die gegenwärtige Wirtschaftskonjunktur erdehnen läßt. Es ist klar, daß diese Konjunktur (ebenso wie der Transfer der Reparationsleistungen) in beträchtlichem Umfang durch die Zahlungsansätze beeinflusst worden ist, die Deutschland in der letzten Zeit herangekommen hat. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der ausniedrigen Kapitalaufnahme überhaupt ist, angesichts unserer besonderen Lage, wohl noch niemand ernstlich bestritten. Diese Anleihen sind jedoch nicht allmählich, sondern ruckweise und in verhältnismäßig kurzen Zeiträumen aufgenommen worden; ihr Umfang ist beträchtlich, namentlich befinden sich unter ihnen große Mengen kurzfristiger Anleihen, die ein starkes Element der Unsicherheit schaffen. Wie und aus welchen Mitteln die Verzinsung und Rückzahlung dieser Anleihen zusammen mit den Reparationsleistungen erfolgen soll, wenn der normale Kapitalzufuhrbedarf befriedigt ist, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Wie dem aber auch sei, es muß schon heute fröhlich ersehnt werden, ob die gegenwärtige Konjunktur eine echte ist, die Rückzahlung dieses Zinses wird allerdings erst an der Stelle und Tiefe des abgleitenden Schenkens der Konjunkturfuror erkannt werden können. Ebenfalls läßt sich heute ein zuverlässiges Urteil darüber fällen, inwieweit die Aufbringung der Reparationslasten aus echten (inneren) Überschüssen, inwieweit aus Einnahmen, inwieweit aus der Substanz bewirkt worden ist. Die Tatsache, daß der Haushalt im abgelaufenen Reparationsjahr 700 Mill. (einschließlich 290 Mill. Beförderungssteuer), die Industrie 290 Mill. und die Eisenbahn 550 Mill. ohne äußerlich zutage tretende Schwierigkeiten aufgebracht haben, belegt noch nichts darüber, inwieweit ein echter Produktionsüberschuß im Sinne des Sachverhältnismangels vorliegen hat. Dergegenwärtig man sich, daß wir bisher wichtige innere Lebensbedürfnisse in Ermangelung von Mitteln unbefriedigt lassen mußten (z. B. ausreichende Beamtengehälter), daß die Eisenbahntarife noch als zu drückend empfunden werden und die Industrie in ihrem Existenzkampf durch diese Tarife, zu hohe Steuern und die

tragende Reparationsaufgabe stark gehemmt wird, so können wir aber davon ausgehen, daß der äußerliche Erfolg der Aufbringung noch recht weit von dem eigentlichen Voraussetzungen des Sachverhältnismangels entfernt ist.

Nicht viel anders steht es mit der anderen Seite des Problems, der **A b e r t r a g u n g**. Der Uberschub der Generalagenten weist einen auf Übertragung im dritten Reparationsjahre verfügbaren Betrag von rd. 1574 Mill. G.M. auf, von dem rund 1589 Mill. „übertragen“ wurden. Die Differenz mit 185 Mill. blieb als Bestand in seiner Kasse. Gegenüber dem Vorjahre sind also rd. 200 Mill. mehr übertragen worden, während die hierfürige Zahlungssumme fast 500 Mill. ausmachte. In der Abtragung sind wiederum eine Reihe von Zahlungen für Leistungen im Inlande enthalten, wie der Diskont für die monatlichen Vorauszahlungen der Reichsbank (6,5 Mill.), ein Teil der Kommissionskosten (rd. 7 Mill.) und die Befragungskosten (7,5 Mill.), die mit 12,5 Mill. unter dem entsprechenden Aufwand des Vorjahres blieben. Die Zahlungen in Devisen sind fast geblieben. Die englische Reparationsabgabe brachte mit 250,6 Mill. rd. 50 Mill., die französische mit 93,8 rd. 18 Mill. mehr; der Anleiheüberschuß samt dagegen auf 91,5 Mill.), die Kommissionskosten nur rd. 5 Mill. Ferner wurde eine Zahlung von 3 Mill. für Rechnung Englands an Deutschland für eine Auszahlung von Guthaben deutscher Kriegsgesangener geleistet. Die Vereinigten Staaten erhielten erstmalig 55 Mill. auf ihre Befragungskostenforderung und 40 Mill. auf Grund des Sonderabkommens über ihren 2 1/2 %-Anteil. Endlich wurde ein sogenannter freier Baranzers von 200 Mill. vorgenommen. Diese Devisenzahlungen machen zusammen mit einigen kleineren Zahlungen rd. 685 Mill. aus und übersteigen die entsprechenden Zahlungen des Vorjahres um rd. 250 Mill. Hierzu tritt aber ferner noch der Gegenwert der nicht zufälligen Sachlieferungen, d. h. derjenigen Sachleistungen, die von Rechts wegen nicht im Wege der



Reparationsausfuhr, sondern der normalen Handelsausfuhr bewirkt werden müßten. (Entsprechend dem Grundged, daß wir nur aus Ausfuhrüberschüssen Reparationen leisten können und fallen, müßten in erster Linie die Sachlieferungen zufällige Ausfuhr schaffen.) Ihr Mittel ist für unser Judentum zu ermitteln, aber ohne Zweifel sehr erheblich, nach französischen Meinungen sogar überwiegend. Diese Sachlieferungen hätten aus normaler Weise Devisen eingebracht, auf die wir nunmehr verzichten müßten. Alles in allem ergibt sich so im dritten Reparationsjahr eine Devisenleistung von vielleicht 900 bis 1000 Mill. M. Die Sachlieferungen sind im ganzen trotz erhöhter Mittel nicht geheizt worden, vielmehr nur 688 auf 616 Mill. gestiegen. Selbst dieses Ergebnis ist nur mit äußerster Anstrengung seitens unserer Gläubiger, namentlich in der letzten Zeit, erreicht worden. Dabei sind alle erdenklichen Mittel, wie größere Anzahlungen auf spätere Lieferungen, schleunige Genehmigung lang bekämpfter Objekte, Überleitung normaler Handelsausfuhrerträge in Reparationsausfuhrerträge usw. angewendet worden.

Da unsere Zahlungsbilanz ihren stark passiven („geborstaktiven“) Charakter beibehalten hat — die Handelsbilanz wird im dritten Reparationsjahr etwa 3000 Mill. Einfuhrüberschuß ausweisen —, sind diese Transferesgebisse vornehmlich nur mit Hilfe der bereinrichtenden Auslandskredite ermöglicht worden, ein Ergebnis, das keineswegs in der Richtung des Sachfuhrbilanzplans liegt und beweist, daß wir dem eigentlichen Kernproblem der ganzen Reparationsfrage noch sehr wenig nahe gekommen sind. Angesichts dieser Entwidlung erscheint es an sich müßig, gegen einzelne Formen des Transfers anzugehen, also z. B. den Bartransfer zu beurteilen oder das Sachlieferungsgehalt zu kritisieren. Allerdings hat jede

dieser Formen für sich ihre schweren Fehler und Nachteile. Der Bartransfer würde beschleunigend auf eine ungünstige Devisen- und Diskontenstellung, obwohl gegenwärtig keine einschneidende Wirkung durch die Auslandsanleihen vielfach verdrängt wird. Die Sachlieferungen wirken namentlich schädlich, wenn sie nicht selbst zufällig oder wenigstens geeignet sind, zufällige Absatzmärkte zu erwerben helfen; es ist daher auch nicht zu beklagen, daß die Erwartungen, die beim Abfluß des genannten 300-Millionen-Ubtrommens über den kleinen Befruchtungseffekt in bezug auf eine entsprechende Steigerung der Sachlieferungen gefaßt wurden, nicht eingetroffen sind. Aber der Hauptfehler unserer Lage besteht in dem Mangel an Ausfuhrerweiterung und der geringen Aussicht eines durchgreifenden Steigerung des Auslandsverkehrs, was für erforderlich wäre, um die Reparationsleistungen entsprechenden Überflüsse zu liefern.

Das vierte Reparationsjahr findet uns also trotz äußerlich günstigen Scheins in einer recht schwierigen Situation. Während wir angefaßt der Knappheit des heimischen Kapitalmarktes das heikle Problem der Finanzierung unseres stark angeschwollenen außerordentlichen Etats noch zu lösen und in diesem Jahr 250 Mill. mehr Reparationsleistungen als im Vorjahr zu bewirken haben, müssen wir gleichzeitig Vorkorrekturen für das Etatsjahr 1928/29 treffen, in das bereits sieben Zwölfstel des „Normaljahrs“ des 2500 Mill. von uns fordert, ferner, die auf 1750 Mill. erhöhten Leistungen des vierten Jahres werden voraussichtlich die angebotenen Schwierigkeiten nicht einfacher gestalten. Die Haushaltsleistungen fordern diesmal 790 Mill. (ohne Referendums, mit Beförderungsleistungen), die Eisenbahnzahlungen 660 Mill., die Industriezahlungen 300 Mill. M. Die aus dem folgenden Kalender herorgeht, sind die monatlichen Abflührungen ebenfalls geteilt als im Vorjahr. Eine besondere Lage schaffen nur wieder die in den Monaten April und August fölligen Jubiläumsgeldleistungen; ihre Verteilung auf gleichmäßige Monatsraten ist aus technischen Gründen nicht möglich. — Den kommenden Schwierigkeiten werden wir entschlossen entgegengehen müssen. Eine Besserung unserer reparationspolitischen Lage wird im gegenwärtigen Zeitpunkt und einseitig kaum durchzuführen sein. Die Verhandlungen in der internationalen Konföderation und der wirtschaftlichen Weltanschauung die Zukunft bringt. Ganz niemand wissen, ohne Rücksicht hierauf werden wir inzwischen unter Haus (sonst wie möglich in Ordnung bringen und die Erkenntnis der wahren wirtschaftlichen Lage Deutschlands vertiefen und verbreiten helfen müssen.

Reparationskalender für das 4. Reparationsjahr 1927/28  
in G.M.

	Reichsbahn	Förderungssteuer	Industrie	Haushaltszahlungen		Gesamtbetrag
				Haushalt	Referendums	
Sep. 27	55 000 000 <sup>1)</sup>	20 000 000 <sup>1)</sup>	41 666 666 67	8 335 535 33	53	125 000 000 —
Okt. "	55 000 000	24 166 000	41 666 666 67	8 335 535 33	53	129 166 000 —
Nov. "	55 000 000	24 166 000	41 666 666 66	8 335 535 34	53	129 166 000 —
Dez. "	55 000 000	24 166 000	41 666 666 66	8 335 535 33	53	129 166 000 —
Jan. 28	55 000 000	24 166 000	41 666 666 67	8 335 535 33	53	129 166 000 —
Feb. "	55 000 000	24 166 000	41 666 666 66	8 335 535 34	53	129 166 000 —
März "	55 000 000	24 166 000	150 000 000	41 666 666 67	53	129 166 000 —
Apr. "	55 000 000	24 166 000	41 666 666 66	8 335 535 39	275	166 000 —
Mai "	55 000 000	24 166 000	41 666 666 66	8 335 535 34	129	166 000 —
Juni "	55 000 000	24 166 000	41 666 666 66	1 200 000	—	122 052 666 67
Juli "	55 000 000	24 166 000	41 666 666 67	—	—	120 852 666 67
Aug. "	55 000 000	24 166 000	150 000 000	41 666 666 66	—	270 852 666 66
Sep. "	55 000 000	24 174 000	—	—	—	79 174 000 —
Summe :	715 000 000	310 000 000	300 000 000	500 000 000	—	2 200 000 —
						1 825 000 000 —
						+ 76 200 000 —
						1 901 200 000 —

<sup>1)</sup> G-Haltzahlungen für das 3. Reparationsjahr 1926/27.

## Zur Zeitgeschichte

### Die Ostlocarnofrage in Genf.

Als der polnische Außenminister Strykowski den Entwurf des Locarnopaktes nach Hause brachte, wurde er im polnischen Sejm von verschiedenen Parteien, insbesondere von dem rechtsstehenden Abgeordneten Stroncki, heftig angegriffen, weil in dem Locarnopakte insofern eine verächtliche Bewertung der deutschen Weis- und der deutschen Offiziere enthalten sei, als nur die Weisärzte durch einen Garantievertrag geschützt werde. Die polnische Regierung hat damals diese Angriffe natürlich zurückgewiesen und Polen hat ja den Locarnopakt auch ratifiziert. Aber in immer härterer Weise hat sich die polnische Regierung die ursprünglich oppositionelle Kritik an dem Locarnopakt zu eigen gemacht und auf eine Ergänzung des Paktes hingearbeitet. Sie ließ dabei außer acht, daß der Locarnopakt in seiner Anlage D auch einen deutsch-polnischen Schutzvertrag enthält, der jeden gewaltsamen Versuch einer Grenzänderung ausschließt, und ließ sich vielmehr völlig von dem in Polen weitverbreiteten Mißtrauen treiben, daß Deutschland eine gewaltsame Revision seiner Offiziere anstrebe.

Die schwierigen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über die Auswirkung des Locarnopaktes haben Polen wiederholt Gelegenheit, den Gesichtspunkt der Sicherheit Polens gegenüber Deutschland unter Ignorierung des deutsch-polnischen Locarnoschutzvertrages geltend zu machen, so bei der Aufhebung der

Militärkontrolle, dem Streit um die deutschen Offiziersfragen und neuerdings bei der Frage der Rheinlandräumung. Einige Wochen vor der jetzigen Völkerverbstagung setzte in der polnischen und der französischen Presse gleichzeitig eine Agitation in der Frage der Rheinlandräumung ein, die von Deutschland für eine Rheinlandräumung Zugeständnisse im Interesse der Sicherheit Polens und Frankreichs forderte, darunter in erster Linie eine Garantie der deutsch-polnischen Grenze.

Das ist der polnische Gedanke eines Ostlocarno. Es ist zu beachten, daß bereits schon vor der jetzigen Genfer Völkerverbstagung auch andere Pläne eines Ostlocarno behandelt wurden, insbesondere in der Form von Garantieverträgen der kleinen skandinavischen Staaten mit der Sowjetunion. Aber auch der polnische Ostlocarno-Gedanke hat in Genf völlig andere Formen angenommen. Man war sich wohl auf polnischer Seite im voraus darüber klar, daß man dem Völkerverbst nicht mit dem Plan eines Sonderpaktes wegen der deutsch-polnischen Grenze kommen dürfte, einmal, weil, wie am nachdrücklichsten der englische Außenminister Chamberlain betont hat, der bestehende Locarnopakt auch für die Offiziere Deutschlands eine völlige Sicherheit bietet, andererseits, weil die Erkenntnis der Notwendigkeit eines Revision dieser Grenze auf frieblichem Wege auch außerhalb Deutschlands immer weniger fortgeschritten ist. Der ursprüngliche polnische Plan in Genf ging daher offenbar dahin, einen Nichtangriffspakt für eine größere Zahl osteuropäischer Staaten vorzuschlagen und eine verstärkte Garantie für die deutsch-polnische



15 Dresden. Bild auf die Frauenkirche. Die Südwand des Vorder- und Ostseitigen Gebäudes.

Grenze im Rahmen dieses Pakttes durch die Festlegung von Sanktionsmaßnahmen zu erreichen.

Inzwischen hat Polen, das nicht sehr geschickt operiert hat, von seinem ursprünglichen Projekt immer weitergehende Absichten machen müssen, so daß schließlich nur eine allgemeine Resolution gegen den Krieg übrigblieb, was Polen schließlich veranlaßte, eine Zurückziehung seines Entzuges ins Auge zu fassen. Die Entwidlung der Oplscarnofrage in Genf wurde dadurch kompliziert, daß Holland gleichzeitig einen Vorstoß gegen die nach den Völkerverordnungen immerhin bestehende Möglichkeit eines legalen Krieges machte und daß in die ganze Frage Verwicklung der kleinen

allseitig geschätzten Grafen Sierafowski, längst an die Wand gedrückt hat, vor dem Kongreß nach Warschau gefahren und hatte dort — für einen Führer der Minderheiten — eine gewislich erstaunliche Leistung — offen zu Repräsentation, zur Schließung deutscher Schulen in Polen, angefordert, um dadurch die Öffnung polnischer Schulen in Deutschland zu erzwingen! Es half dem Kongreß also sehr wenig, daß er sich bemühte, den Polen und den durch sie geführten Gruppen in jeder Weise entgegenzukommen. Ein Minderheitennotium gegen den verdienten Begründer und Generalsekretär dieser Kongresse, Dr. Edward Mendel, das höchst lächerlich begründet war, lehnten freilich die übrigen Gruppen an und über einstimmend ab, schon ehe es zur Behandlung kam, so daß man polnisehrerseits zurückdrückte. Auch die schwierige Frage der Kulturautonomie in Kärnten konnte durch ein Kompromiß vor allseitigen Verdrüßung doch gelöst werden: Man sprach aus, daß man dafür dankbar sei, wenn in dem bekannten Kärntner Gefesgesantrag auf die Genfer Kongresse alle Rechtsquelle Bezug genommen werde, daß aber eine Kulturautonomie schon in der Vorbereitung Zusammenarbeit zwischen Mehrheit und Minderheit zur Voraussetzung habe und daß eine Kulturautonomie im Sinne der Schlußfolgerung des zweiten Genfer Kongresses nur mit Zustimmung und Billigung der davon berührten Minderheit Gesetz werden solle. Die eigentliche Sprengung wurde dann äußerlich durch die Friesenfrage herbeigeführt: Der vorige Kongreß hat eine Kommission zur Prüfung der Frage eingesetzt, ob die Friesen in Deutschland, deren nationale Eigentümlichkeit ja niemand leugnet, eine Minderheit im Sinne dieses Kongresses sind, d. h. ob die Mehrheit in dieser „Minderheit“ so viel „Minderheiteneigenschaft“ und „Minderheitenbewußtsein“ besitzt, sich in Genf vertreten lassen zu wollen. Es ist einmündig festgesetzt, daß dem nicht gelte. Die Polen wollten die Friesen erneut präsentieren, die Deutschen weigerten sich, sich diese neue Minderheit aufzuringen zu lassen und betonten, die Aufnahme könne eher schaden als nützen, denn das führe zu einer Atomisierung der Staaten in Minderheiten und werde die Großmächte und den Völkerverbund nur erneut lustig werden lassen. Dagegen war die Kongreßmehrheit bereit, die Ukrainer aus Polen, die früher nur als „Beobachter“ auf dem Kongreß waren, jetzt aber zu ihrer Aufnahme nötige „Koyalitätsklärung“ gegenüber ihrem Staatswesen in irgendeiner Form abgeben wollten, aufzunehmen. Ebenso lagen noch Aufnahmeanträge der Masozener, der Juden aus Österreich, der Litauer aus Deutschland vor. Schließlich einigte man sich in der Kommission darüber, überhaupt niemand auszunehmen, weder die Polen unangenehmen Ukrainer noch die Friesen. Man beschloß, dem ganzen Kongreß eine festere Verfassung und Satzungen zu geben, in denen auch gesagt werden sollte, was überhaupt eine Minderheit sei. Der Ausschluß solle diese Satzungen vorbereiten und einwirken in Wirklichkeit folgen, der nächste Kongreß solle sie dann bestätigen und die Neuaufnahmen gemäß den Satzungen vollziehen. Das war das einzig Richtige. Und doch platzte die Bombe und die Polen traten mit ihren Anhängern aus — wohlgerichtet, nicht auch die Polen in Litauen, die sich nur zurückhalten zu wollen erklärten! —, eben weil ihre Sprengabsicht schon längst bekannt hatten und absahen, von zwei anzuhebenden hohen Funktionären des Warschauer Außenministeriums auch freitig genährt wurden.



17 Amerikanisches Parhaus. Das Ausschussgebäude der modernen Welt; hochaufragend über die hohe Stadt. Im Mittelpunkt stehender Sitzungssaal. Maßstabmodell des Realismus und der Demokratie.

Staaten gegen die Großmächte hineinpielt. Doch dies sind Fragen, die über das eigentliche Oplscarnof-Problem schon hinausgehen. Dieses Problem wird aber über den Rahmen der deutsch-polnischen Beziehungen hinaus auch weitere eine Bedeutung behalten, solange die Tendenzen bestimmter französischer Kreise, die Siderheitsfrage in den Vordergrund der Diskussion zu schieben, noch wirksam sind.

### Der dritte Genfer Minderheitenkongreß.

Der dritte Genfer Minderheitenkongreß hat mit einer kleinen Senation gendert: Die polnische Minderheit in Deutschland hat ihren Ausschuß aus dem Kongreß erklärt, und die beiden weiteren kleinen Minderheiten in Deutschland, die Dänen und die Kaufherrn Wenden, die freilich zuvor schon vollständig und blindlings sich ihrer Führung unterwerfen, mit sich gezogen. So ist die Einheit der Minderheiten — oder der organisierten nationalen Gruppen Europas, wie man sagt, um eine Verwechslung des Begriffs der „Minderheit“ mit dem der „Minderwertigkeit“ zu verhüten — gesprungen und die Wirkung der Kongreßbeschlüsse auf den Genfer Völkerverbund planmäßig und absichtlich gestört worden. Es hat dem ausgeschiedenen, geschiedenen und allerblichsten Präsidenten Dr. Wilson, der ja selbst als Slovane ein Slawe ist, nichts genutzt, daß er mit wirklich ausgleichender Gerechtigkeit das Szepter führte, daß er auch die Zuzahl eines russischen Minderheitenführers aus Lettland ins Präsidium durchsetzte. Zwar waren jetzt in diesem Präsidium neben dem Juden Dr. Mohlin, dem Katalanen Dr. Maspons i Anglèsell, dem Deutschen Dr. Schiemann und dem Ungarn Dr. Szjüllid die Slawen durch drei Herren vertreten: Außer Dr. Wilson und dem russischen Professor Dr. Kuznetzkiß durch den Generalsekretär der Minderheiten in Deutschland, den Polen Dr. Kozymarski, aber das hinderte eben diese Polen nicht, die Erklärung zu wagen: Dieser Kongreß diene nur imperialistischen Machtzielen der deutschen Gruppen, und die „geschwächten“ Minderheiten würden hier von den „gestärkten“ und „saturierten“ unterdrückt. Und diese Erklärung erfolgte, nachdem die einzige Abstimmung, die dieser Kongreß tatsächlich in seinem Gremium, dem durch je einen Vertreter jeder Nationalität erweiterten Präsidium, setzte, zu einer brisanten Überfimmung gerade der Deutschen geführt hatte. Und diese fälsche Behauptung wogten eben dieselben Polen, obwohl ihnen bekannt ist, daß im Kongreß überhaupt nur nach Nationalitäten abgemittelt wird, so daß die mit zehn Delegationen aus den verschiedensten Ländern anwesenden Deutschen, die doch rund 8 Millionen Staatsbürger vertreten, auch nur eine Stimme haben, genau so wie z. B. das Heime Häuflein der Dänen in Deutschland oder der Kaufherrn Wenden, freilich vor dieser polnische Austrittsakt schon längst vor dem Kongreß eine beschlossene Sache. War doch der jetzt allmächtig gebietende Führer der Polen in Deutschland, der preussische Landtagsabgeordnete Waczevski, der den früheren polnischen Vertreter in Genf, den sehr vornehmen und



16 Die Schloßkirche in Dresden; vor der Augustusbrücke. Promastische Südwand des Vorder- und Ostseitigen Gebäudes. Die Kirche als Mittelpunkt, die lange Straße der Straße. Der bedeutsame Zusammenhang von Zentralität und Hochgenossenschaft.

So kam es zu dem Theatercoup, nicht ohne daß die übrigen Minderheiten einheitlich und geschlossen ihrem Präsidenten ihr Vertrauen votiert und ihrer festen Absicht, die Kongreßarbeit als solche



18 Schema für den Schindlerbetrieb. Unter der Erde, in Zügen geordnet.

Die eigentliche Kongressarbeit trat hinter diesen äußeren Sensationen etwas zurück. Vielleicht aber doch weniger, als das nach außen hin so scheinen möchte. Die Unterrichtung der Weltpresse über die eigentliche Kongressarbeit weist eben vorläufig noch ihre Mühsal auf in den Verfügungen plägiert alles in voller Harmonie und Friedlichkeit vor sich zu gehen, während man die wirklichen und so natürlichen Meinungsverschiedenheiten nach Völkerebunddiplomatie hinter verschlossenen Türen austrägt. Das ist auf die Dauer unmöglich, und man wird sich zu überlegen haben, ob man das Gremium und die Ausschüsse nicht einer, wenn auch beschränkten Öffentlichkeit zugänglich wird machen müssen, falls das Weltinteresse an der Kongressarbeit erhalten bleiben.

Der Kongress hat die Arbeit frühester Jahre vertieft und erweitert. Er hat vor allem eindringlich darauf hingewiesen, daß die nationale Unabkämpftheit der Stärkeren gegenüber den Schwächeren, der Mehrheiten gegenüber den Minderheiten, kriegsfördernd wirkt und daß eine Weiterführung der heutigen Politik unweigerlich zu neuen europäischen Explosionen drängt; er hat wiederum festgehalten, daß die heiligsten Rechte der Minderheiten, so das Recht auf eigene Sprache und deren Gebrauch, immer noch von vielen Seiten mißachtet werden; er hat über das Problem verhandelt, inwieweit die Übertragung kultureller Rechte auf die Minderheiten und ihre Organisationen selbst, sei es in Form der Kulturautonomie, sei es in irgendwelcher anderer Form, eine Schmälerung der Souveränität der Staaten bedeute — was übrigens von deutscher Seite entschieden verneint wurde, unter harter Betonung der Tatsache, daß die Souveränität eines Staates von allen seinen Bürgern, Mehrheits- und Minderheitsbürgern ausgesetzt und getragen wird — und er hat schließlich über gemeinsame Fragen kultureller Minderheitenförderung und der Förderung der Nationalitätenkunde im allgemeinen verhandelt. Der Kongress hat schließlich mit hohem Pathos und schönen Worten — die freilich durch die politische Aktion hinterher etwas graulich illustriert wurden — die Minderheiten selbst zur Einigkeit untereinander ermahnt, er hat ihnen, sofern sie zu mehreren in einem Staatsgebiet zusammenwohnen, Zusammenarbeit, gemeinsames parlamentarisches Vorgehen, friedliche Streitabklärung auch ihrer Presse usw. empfohlen, und er hat, als abschließendes, in den Tagen unserer Zusammenarbeit das gegenseitige Sichkennenlernen der Tschechen und Polen, Juden und Ungarn, der Deutschen und der Slowenen, der Katalanen und der Dänen und wie sie alle hier beheimatet waren, gefordert. Wenn die Staaten, in denen die vielen Minderheiten wohnen, aus dieser Kongressarbeit die richtige politische Lehre ziehen und wenn die Minderheitenführer selbst sich vornehmen, noch ernstlicher als bisher auch ihren Mutterländern, soweit sie selbst Staaten bilden, zuzureden, die Lehren der Genfer Tage zu beherzigen, dann werden die Genfer Minderheitenkongresse auch ein gutes Stück zur Förderung des Weltfriedens beitragen können. Dr. Frj. Weethelmer.

### Die Konferenz der interparlamentarischen Friedensunion in Paris.

Dom 25. bis 30. August fand in Paris die 24. Jahreskonferenz der interparlamentarischen Friedensunion in Anwesenheit von etwa 400 Parlamentariern aus 33 verschiedenen Staaten statt. Aus

auch ohne Polen aufrechtzuerhalten, Ausdrück gegeben hatten. So bleibt der Kongress als eine Plattform der in ihrer persönlichen und gesellschaftlichen Freiheit unterdrückten Minderheiten Europas bestehen, er bleibt als ein alljährlich am das Weltgeschehen appellierender Kämpfer nicht gegen die Souveränität und das politische und wirtschaftliche Wohl der Staaten, sondern für das friedliche und freie Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten innerhalb eines Staatswesens, er bleibt als ein Mahner zur friedlichen Verhandlung der auf Europa engem Raum zusammengebrängten vielen Völker und Rassen.

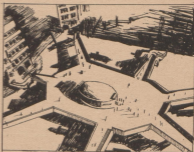
Deutschland waren gegen 50 Parlamentarier erschienen, die sämtlichen Parteien des Reichstags mit Ausnahme der Kommunisten und der Döblischen angehörten. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen eine Anzahl wichtiger Fragen, wie die Abrüstungsfrage und die Kodifikation des Völkerrechts. Die französische Regierung hatte für die Konferenz das Sitzungsgebäude des Senats, das Palais du Luxembourg, zur Verfügung gestellt und für die Befreiung der durch die Konferenz entstehenden Kosten einen Kredit von 500 000 Franken, was etwa einem Kaufwert von 100 000 M., entspricht, ausgeworfen. Vorsitzender der Tagung war der französische Senatspräsident Dornier. Bei der Eröffnung hielt der französische Ministerpräsident Poincaré eine Rede, in der er den Frieden feierte, die Solidarität der Völker betonte und als die Aufgabe der interparlamentarischen Union bezeichnet, zur Befreiung des Tremendums zwischen den Nationen und zur Festigung dessen beizutragen, was sie einander näher bringt. Im Verlauf der Tagung empfing der Präsident der französischen Republik die Teilnehmer an der Konferenz, und am Schluß gab Außenminister Briand zu Ehren der Teilnehmer an der Konferenz ein Festessen, bei dem er eine große und, was bei ihm selten vorkommt, vorher schriftlich fixierte, politische Rede hielt.

Die französische Regierung hatte der Konferenz somit alles Relief gegeben, was nur möglich war. Was die deutsche Teilnahme angeht, so war sie nicht nur sehr zahlreich und befand sich darunter viele der herorragendsten deutschen Parlamentarier, sondern bei den Debatten traten die Deutschen auch sehr stark hervor und hatten geleglich Gelegenheit, den deutschen Standpunkt ausführlich zu vertreten. Von seiner Seite wurde versucht, die deutschen Teilnehmer in irgend-einer Weise zu beehrlichen oder zu belohnen, und es kam manden deutschen Pariser Zeitungen recht hart an, das konstatieren zu müssen. Bezeichnenderweise trat ein französischer Senator Magnette gegen das Werk des deutschen parlamentarischen Unterredungsanspruches „Völkerrecht im Weltkriege“ und schlug eine Resolution vor, durch die die interparlamentarische Union erklären sollte, daß die Verletzung der belgischen Neutralität ein höchst bedauerliches und zu verwerfendes Akt gewesen sei. Magnette verlangte also, was auf so vielen Konferenzen der Nachkriegszeit als Durchbedingung für die Teilnahme der Deutschen gefordert worden ist, nämlich ein Bekenntnis deutscher Schuld. Immer wieder, ob es nun eine wissenschaftliche Konferenz, eine internationale Studentenkonferenz oder sonst etwas war, wurde erklärt, man wolle den Deutschen Verzeihung gönnen, wenn sie ihre Reue über das 1914 bis 1918 Gedehene zum Ausdruck brächten. In dieser Linie lag der Resolutionsentwurf von Magnette.



19 Beispiele für Straßenfreuzungen. Reine genügt dem modernen Verkehr.

Es war bezeichnend für die Situation, daß der Antrag Magnettes zuerst einer Kommission überwiegen wurde und dann in der Versenkung verschwand und an seiner Stelle ein allgemein gehaltenes Erklärung trug, die keinerlei Vorwurf gegen Deutschland enthielt und so der sich die Deutschen so gut wie alle andern denken konnten. Daß dieser Vorgang von der nationalitätstreu Presse Belgiens und Frankreichs mit Entrüstung und Betrübnis verzeichnet und kommentiert wurde, ist erklärlich. Denn er zeigte, daß man heute an internationalen Konferenzen den Deutschen volle und absolute Gleichberechtigung selbstverständlich nicht mehr beizutreten kann. Von den Debatten der Konferenz sind einige Punkte besonders herauszuziehen, vor allem das Redewort zwischen dem deutschen Reichspräsidenten Köbe und Professor Schäffing, dem bekannten deutschen Völkerrechtslehrer einerseits und dem französischen Senator de Tournell andererseits. Köbe feierte das Werk von Koernig als einen Fortschritt für die Konkolidierung des Friedens, bedauerte, daß auf diesem Wege ein Stillstand eingetreten sei, wandte sich gegen das Urteil, das Schöffing, das schlimmste sei als der Haß und trat für baldige Abmüdung des Rheinlandes ein. In seiner Antwort an Köbe jagte



20 Ein Vorstoß zur Überwindung des Detournee Platz in Odessa. Die Verkehrsprojekte, die zahlreiche verwandte Projekte amerikanischer Stadtplaner sind bekannt.

de Jouvenel, jede Enquete über die Kriegserantwortlichkeit sei gefährlich und deswegen seien die Unterhandlungen des Reichstags darüber abzulehnen. Darauf folgte eine scharfe Kritik des Werks von Kocarno, das zwar in Westeuropa den territorialen Status quo garantiert, für den Osten jedoch nicht dasselbe gebietet habe. Was herbeigeführt werden müsse, sei eine einheitliche Garantie für alle Grenzen Europas. Ferner kritisierte de Jouvenel unser Verhältnis zu Rußland und bezeichnete schließlich die Befestigung des Rheinlandes als die einzige Garantie für den Frieden und für die Stabilität in Europa, solange sich hinter der Gabel in Kocarno noch Zweideutigkeit verberge. Professor Schäding gab darauf eine ausführliche und vortrefflich formulierte Antwort; er betonte, daß das deutsche Volk den Vorwurf der alleinigen Verantwortlichkeit für den Weltkrieg als eine Schmach empfinde, und das Recht, die Kriegsschuldfrage weiter objektiv zu klären, sich wahren müsse. Energisch wies er de Jouvenels Kritik am Werk von Kocarno und die Verdächtigung der deutschen Politik, daß sie zweideutig sei, zurück, ebenso die Auffassung de Jouvenels, daß die Rheinlandbefestigung eine Sicherheitsgarantie für den Status quo im Osten Europas sei. Zu dieser Besatzung wurden als einzige der bedeutsamen Probleme erörtert, und die deutsche Delegation hatte Gelegenheit, den deutschen Standpunkt klar zum Ausdruck zu bringen, der sich dahin präzisieren läßt:

1. Ein Ojlocarno ist für Deutschland indestutabel.
2. Das Werk von Kocarno muß dem französischen Sicherheitsbedürfnis genügen, weitere Garantien können nicht in Frage.
3. Auf die Rheinlandbefestigung bezieht Deutschland nach seinen bisherigen Leistungen ein vertragsmäßiges Recht, falls auch die Rheinlandbefestigung als Garantie für die Aufrechterhaltung des Status quo in Osteuropa betrachtet werden.
4. Das deutsche Volk lehnt die Verantwortung für den Weltkrieg ab und fordert eine objektive Prüfung der Kriegsschuldfrage. Auch hinsichtlich der Abrüstungsfrage haben die deutschen Delegierten den deutschen Standpunkt zum Ausdruck bringen können. Der deutsche Delegierte Sollmann wies darauf hin, daß die geistige Befreiung der Welt durch die Entlastung gehindert werde, daß einzelne Völker unangenehm gefährdet und in anderen Völkern im schärften Mißtrauen begriffen seien. Sollmann wies außerdem den von Frankreich in die Debatte hineingebrachten Begriff der Potential de guerre zurück, der die Lösung des Abrüstungsproblems hoffnungslos kompliziert und dadurch die Abrüstung verunmöglicht.

Von Briand's Rede am Schluß der Tagung ist besonders hervorzuheben, daß er das Werk von Kocarno verteidigte und im Gegensatz zu de Jouvenel darauf hinwies, daß der Vertrag von Kocarno sowohl für den Osten wie für den Westen Sicherheitsgarantien biete. Das muß man besonders unterstreichen gegenüber der von französischer nationalstiller und polinischer Seite erhobenen Behauptung, Kocarno genüge als Sicherheitsgarantie nicht.

Im ganzen gehen wir die Konferenz der interparlamentarischen Union in Verlauf und Wirkung ein günstiges Ereignis. Außer dem persönlichen Kontakt abwechselnd führender Parlamentarier der verschiedenen Länder, hat sie vor speziell deutschen Standpunkt aus dem Vorteil gehabt, in Paris und von der Tribüne des französischen Senats die deutsche Auffassung zu einigen der wichtigsten Probleme der Gegenwart ausführlich und klar zum Ausdruck zu bringen. Sehr erheblich war, daß dabei die Vertreter aller deutschen Parteien, die für vernünftige Politik herabtaug gälten, in festem Einmütigen blieben und dadurch zum Ausdruck kam, daß die Auffassung und Forderungen, wie sie Kibe, Schäding und andere vertreten, Auffassungen und Forderungen des ganzen deutschen Volkes sind.

### Die deutsch-belgische Enquetekommission.

Am 19. August wurde in Brüssel und Berlin ein zwischen der belgischen und deutschen Regierung vereinbarte Kommunikationsverpflichtung, das die zwischen den Regierungen über gewisse Ereignisse des Weltkriegs (Bruch der belgischen Neutralität, Frontstreitkriege in Belgien und Arbeiterdeportationen) geführten

Verhandlungen kurz rekapituliert und mittelteil, die belgische Regierung habe sich zur Führung einer Enquete über diese Fragen bereit erklärt und die deutsche Regierung sei damit einverstanden, obwohl in Verhandlungen über die Einsetzung einer unparteiischen Untersuchungskommission eintraten. Die Kommunikation, aus dem hervorzuheben, daß der belgische Außenminister Vandervele in der Sache die Zustimmung seiner Ministerkollegen nicht erhalten hatte, schien einen bedeutenden Fortschritt in der Entwidlung der deutsch-belgischen Beziehungen zu dokumentieren. Bisher hatte die belgische öffentliche Meinung und die belgische Regierung immer unversöhnlich an dem Grundtatbestand gehalten, daß der Bruch der belgischen Neutralität, die angeblichen deutschen Kriegsverbrechen in Belgien (Frontstreitkriege) und die Deportationen belgischer Arbeiter Dinge seien, deren ökonomische und moralische Verurteilung außerhalb jedes Zweifels stünden, daß alles cause jugée sei, bei der die deutsche Schuld und die belgische Unschuld ausgemacht und entschieden sei. Wenn darüber nun eine unparteiische Untersuchungskommission eingesetzt werden sollte, so bedeutete das, daß der Prozeß, in dem bisher durch den französischen Senat und die belgischen Ankläger und Richter in einer Person gewesen waren, wieder eröffnet werden sollte, um diesmal durch ein einmündiges Verfahren Recht und Unrecht festzustellen.

Gegen diese Aussicht erhob sich der belgische und französische Nationalismus mit lauter Empörung. Der belgische Außenminister Vandervele wurde aus heftige angegriffen. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er die belgischen Rechte Belgiens preisgäbe, daß er in eine gefährliche Falle der Deutschen gegangen sei, wo der Weg der Pflicht liege. Die französische Rechtspresse war höchst aufgeregt. Sie malte die Gefahr einer völligen Untergrabung des Versailles Vertrages an die Wand. Mit einer Untersuchungskommission über die belgischen Fragen werde es beginnen und mit einer solchen über die Kriegsschuldfrage und § 231 des Versailles Vertrages werde es enden. Deutschland, das seine Schuld am Kriege zugegeben habe, werde nun einen internationalen Forum und damit die ganze Grundlage des Versailles Vertrages umstoßen mit dem schließlich Ende der Revision, wenn nicht Annullierung des Dawes-Planes. Bald hörte man von einer diplomatischen Intervention des französischen Botschafters in Brüssel, der gegen Vanderveles Initiative im Namen der französischen Regierung energischer Einspruch erhoben habe. Vandervele, der bereits zur Völkerversammlung am 2. September nach Genf gereist war, wurde zu einem Ministerrat nach Brüssel gerufen, und das Ende dieses Ministerrats war ein Kommuniqué, in welchem die belgische Regierung erklärte, daß sie einstimmig die geplante Kommission ablehne, da eine derartige Untersuchung dazu angetan sein könnte die Leidenschaften zu erregen und der Befriedigung zu schaden. Das belgische Kommuniqué heißt es außerdem so hin, als ob die Initiative zur Einsetzung der unparteiischen Untersuchungskommission von Deutschland ausgegangen sei, welche Behauptung Reichsminister Stresemann in Genf sofort richtigstellte, indem er darauf hinwies, daß das Kommuniqué vom 19. August, das den Tatbestand richtig wiedergibt, zugleich beiden Regierungen vereinbart gewesen sei.

Gegenwärtig finden in Genf zwischen Belgien und Deutschland über diese Frage mehrere Verhandlungen statt und wird sich die Untersuchungskommission über die genannten Fragen noch zu einer Einigung kommen wird. Die ganze Frage wurde durch die im Laufe des Sommers erfolgte Veröffentlichung „Völkerecht im Weltkrieg, dritte Reihe im Werk des Untersuchungsvereins“ (Deutsche Verlags-Gesellschaft für Politik und Geschichte, 4 Bände), in Fluss gebracht. Gegen dieses Werk hat die belgische Regierung bei Deutschland protestiert und hat je ein längeres Memorandum über den Bruch der belgischen Neutralität, den Frontstreitkrieg und die Deportationen der belgischen Regierung übergeben und auch veröffentlicht. Diese Fragen können nach der gegebenen Darstellung der Veröffentlichung nicht mehr als erledigte Dinge wie bisher betrachtet werden, da die deutsche Veröffentlichung ein sehr umfangreiches Material enthält, das gegen



21 Die Fußgänger bei Hauptbah. Schon um 1900 wurden entsprechende Rheinlandungen gebaut. Groß genug sind in der Weltweite vernünftige Gedanken entstehen; aber oft kommt es lange Zeit, die sie sich durchsetzen.



22 Wohnung in Altesiedel. Unteren Teilchen in Altesiedelungen sind noch entsprechend, aber doch dem Prinzip moderner Wohnkultur genügen. Nicht übersehenswerte, sondern schönliche.

die heilige These spricht. Aber die Entwicklung, die die Frage in den letzten Monaten genommen hat, zeigt, welche Schwierigkeiten da noch bestehen, welche Überstände auf der Gegenseite sich sofort zeigen, wenn ein Anlauf zu objektiver Prüfung und Feststellung der Laterbestände genommen wird, von denen die Kriegspropaganda unserer Gegner im Weltkriege ihren Ausgang nahm. Die politische Bedeutung dieser Dinge ist ebenfalls wieder klar in Erscheinung getreten. Auch auf der Tagung der interparlamentarischen Union in Paris sind diese Fragen ja ausführlich besprochen worden. Deutschland wird nicht ruhen dürfen, bis es eine unparteiische Untersuchung der Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg und während des Krieges durchgeführt hat.

### Die Wahlen in Memeland.

Eine Reihe von führenden Persönlichkeiten des Memelgebiets überreichen dem Völkerbundsrat kurz vor seiner letzten Sitzung eine Beschwerde wegen der Verletzung der Rechte des Memellands durch die litauische Regierung. Zu einer Erörterung dieser Beschwerde, die Deutschland als Ratsmitglied aufnehmen hatte, kam es jedoch nicht, weil der litauische Ministerpräsident Woldeмарs sich in einer feierlichen Erklärung verpflichtete, jeder vertragswidrigen Behandlung der Memelländer ein Ende zu machen, insbesondere die Neuwahlen des aufgelösten Landtags im Memelgebiet bis zum 1. September vornehmen zu lassen.

Dieser Teil der Forderung des litauischen Ministerpräsidenten ist inzwischen erfüllt worden. Am 30. August haben die Neuwahlen im Memelgebiet stattgefunden. Sie ergaben je zehn Abgeordnete für die Volkspartei und die landwirtschaftliche Partei, drei Sozialdemokraten, zwei Kommunisten und nur vier Großlitauer. Gegenüber der Wahl zum Landtag im Memeland vom Jahre 1923 haben sich die litauischen Stimmen von 3000 auf 9000, die litauischen Abgeordneten von zwei auf vier vermehrt. Dies erklärt sich ohne weiteres durch die Abwanderung von Deutschen, den Wegfall der deutschen Optanten und die Zuwanderung von Litauern, insbesondere von litauischen Beamten, außerdem auch durch Beschränkungen der Wahlkapazität durch den im Memelgebiet immer noch bestehenden Kriegszustand. Gegenüber den Wahlen zum Parlament in Kowno vom vorigen Jahre hat die Zahl der litauischen Stimmen dagegen abgenommen.

Die Wahlen sind also eine erneute Bestätigung des überwiegenden deutschen Charakters des Memellandes. Litauische Vertretungen im Ausland haben versucht, diese Bedeutung des Wahlausfalls zu bestreiten. Wenn sie dabei darauf hingewiesen haben, daß es das Verbot für deutsche Kandidaten gefehlt hätte, so beweist das aber gerade, daß das Gefühl der deutschen Kulturzugehörigkeit weit in litauischsprechende Kreise hineinreicht, was ja von deutscher Seite stets behauptet worden ist.

Eine große Zahl von weiteren Beschwerden des Memellandes wird westfallen, wenn die litauische Regierung ihrem Versprechen gemäß das Direktorium des Memellandes so bildet, daß es das Vertrauen des Kantons besitzt. Dagegen hat die litauische Regierung inzwischen unersöhnlicherweise die Beziehungen zu Deutschland dadurch empfindlich getroffen, daß sie trotz aller deutschen Gegenvorschläge die schon lange angeordnete Ausweisung von drei reichsdeutschen Redaktoren durchgeführt hat. Die Rückwirkungen dieser ungeschickten und herausfordernden Haltung der litauischen Regierung gegenüber Deutschland sind noch nicht abzusehen. Aber es ist keine Frage, daß eine Verschlechterung der deutsch-litauischen Beziehungen für Litauen selbst sehr empfindliche Folgen haben könnte.



25 Sängergruppe aus deutscher Grenzstadt.

### Neue polnische Zollerschönungen gegen Deutschland.

Seit die polnische Regierung im Juni 1923 Einfuhrbeschränkungen gegen deutsche Waren verhängte, weil Deutschland nicht frei-



23 Einfamilienhäuser des amerikanischen Mittellandes. Häuslein, Reinerie Szarus; als auf äußere Beschaffenheit beschränkt. Aber: jede Familie ihr eigenes Heim.

willig über deutsche Waren verhängte, weil Deutschland nicht frei-

für den Fortschritt der deutsch-polnischen Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages bildete diese polnische Protektionismus mit seiner Spitze gegen Deutschland natürlich eine besondere Schwierigkeit. Dies trat bei der öffentlichen Erörterung hierüber bisher weniger in Erscheinung, weil hierbei vor allem die Niederlassungsfragen eine Rolle spielten. In den Niederlassungsfragen ist man sich nun in den letzten Monaten bei Besprechungen in Warschau erheblich nähergekommen. Im so überwachender und unerfreulicher ist es, daß Polen am 26. August eine Verordnung veröffentlicht hat, die die Marginalzölle für die Einfuhr aus solchen Staaten, die keine geregelten Handelsbeziehungen mit Polen haben und polnische Waren unterschiedlich behandeln, erheblich erhöht und für bisher polnische agrarische Produkte neue Zölle einführt. Diese Zollerschönungen sollen am 26. Dezember wirksam werden. Es ist anzunehmen, daß diese polnische Protektionismus sich vor allem gegen Deutschland richtet und bestimmt ist, einen Druck für den schnelleren Abschluß der Vertragsverhandlungen auszuüben. Auf deutscher Seite wird man auf diese polnische Unfreundlichkeit zunächst nicht reagieren. Wenn aber im weiteren Verlauf der Verhandlungen sich die Wirkung der neuen polnischen Verordnung förmlich zeigen sollte, so muß schon jetzt festgestellt werden, daß Polen die Schuld hieran trägt.



24 Versteigerung der Firma Felsch & Strupp in Essen. Umbauter Wohnhof, Quercitron, Gießerei Raum für Kinderspiel.

keine Frage, und wird zum Teil auch in der polnischen Presse ausgesprochen, daß diese Verordnung sich vor allem gegen Deutschland richtet und bestimmt ist, einen Druck für den schnelleren Abschluß der Vertragsverhandlungen auszuüben. Auf deutscher Seite wird man auf diese polnische Unfreundlichkeit zunächst nicht reagieren. Wenn aber im weiteren Verlauf der Verhandlungen sich die Wirkung der neuen polnischen Verordnung förmlich zeigen sollte, so muß schon jetzt festgestellt werden, daß Polen die Schuld hieran trägt.

### Margarine.

Kürzlich ging durch die Handelszeitungen die Mitteilung, daß im Reichsernährungsministerium die Absicht bestehe, eine Enquete über die Überführung der deutschen Ölmühen und der Margarineindustrie und die Bedeutung der Schutzzölle auf Öle und andere Margarineerzeugnisse zu veranstalten. Wie aber so vieles, wird auch über diese Zeitungsnachricht von den meisten Lesern hinweggeschlagen worden sein, obwohl sich hinter ihr ein bedeutsamer wirtschaftlicher Entwicklungskomplex verbirgt. Das geht in der deutschen Margarineindustrie vor.

In der Kriegszeit lag die deutsche Margarineindustrie völlig still; Marmelade konnte aus inländischen Rohstoffen hergestellt werden. Die Rohmaterialien der Kampfbutter wachsen in Nordamerika und in südamerikanischen Ländern.

Nach dem Zusammenbruch wurde das ungeheure Fettmanko in der Ernährung des deutschen Volkes zuerst durch die amerikanischen Pufferfetten ausgeglichen. Sie freuten sich über jede deutsche Bestellung, denn ihre Vertriebs waren während des Krieges riefmühsam ausgebeutet worden. Aber schon in den Jahren 1921 bis 1923 legte die europäische Margarine wieder über das amerikanische Fett. Hollands Überfluß frörmte nach Deutschland, die alten Absatzorganisationen der holländisch-englischen Margarineerzeugnisse wurden ständig wirksamer. Die zunehmenden Schwierigkeiten der Datala und der wiedererwachende Unternehmungsgeist förderten aber auch

die Entwicklung der deutschen Margarine-industrie. Statt des Fertigfabrikats mußten ja nur die Rohmaterialien im Auslande gekauft werden . . . . .

So wurden aus den rund 90 Margarinefabriken der Vorkriegszeit rasch einige hundert Unternehmen. Damals entsand der Jagdfeldhonzern, der dann wieder zusammengebrochen ist, Stinnes gliederte sich die Margarinefabrik Mohr an, und es wurde üblich, daß die Maschinenfabriken den Neubau von Margarinefabriken gerne übernahmen — das Nahrungsmittelgewerbe war ja bei der Desinfektion benutzigt. (In der Zeit der ärgsten Dreifachkappheit mußten allein für die Margarineindustrie täglich 1 040 000 Goldmark unter allen Umständen beschafft werden!) Das waren Regierungsjahre, die heute hätte verzeihen sind!

Nach Abschluß der Inflation begann auch in der Margarineindustrie der große Konkurrenz-Zustandungskampf. Auf Kosten der Qualität wurde eine Billigkeit vorgetrieben, die die Kunden vertrieb und die Zahl der Konkurrenz steigerte. Die großen holländisch-englischen Konzerne hörten sehr bald auf, sich weitere deutsche Unternehmungen anzuliegen. Die Entwicklung räumte viel besser auf, als es irgendwilde Industrie-Machos zu leisten vermochte. Nur auf eines legten sie größten Wert: sie suchten die sichere Herrschaft in der deutschen Ölmühlindustrie. Das ist ihnen gelungen. Kokosfett, Palmfett und Pflanzenfett, die Rohmaterialien der pflanzlichen Margarine beziehen sie heute ebenfalls aus eigenen Beteiligungen.

Jetzt sind wir soweit, daß in Deutschland rund 70 v. H. des Margarinebedarfs von den beiden internationalen Konzernen bedient werden, rund 30 v. H. liegen zur Zeit noch bei deutschen Produzenten. Auch sie sind, soweit sie wesentliche Erzeuger wurden, in einem bedeutenden Konzern zusammengeschlossen.

Die sogenannte unabhängige deutsche Margarineindustrie, die feinerzeit glückliche durch Zölle auf die Rohmaterialien die holländisch-englischen Margarinekonzerne handhaben zu können, hat jetzt gar nichts dagegen, daß das Deutsche Reich den umgekehrten Weg einschlägt und die Rohstoffe möglichst billig herinläßt.

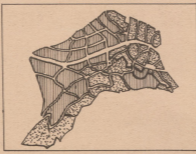
Ob die Unabhängigkeit der letzten deutschen Margarinefabriken damit noch gerettet werden kann?

Die beiden großen holländisch-englischen Margarinekonzerne sind Van den Bergh und Jurgens & Prinzen. Sie müssen nach den Zusammenstellungen in der Konzernübersicht der Reichsregierung die folgenden Unternehmungen:

Van den Bergh. Holländische Vereinigung tot Exploitatie von Margarinefabriken, Rotterdam.

I. Herstellung.

1. Van den Berghs Margarine A. G., Berlin.
  - a) Max Jebens G. m. b. H., Hamburg.
  - b) Blauband G. m. b. H., Berlin.
  - c) Zentralexpedition G. m. b. H., Berlin.
2. Margarinewerke Beolina G. m. b. H., Kleve.
3. Van den Berghs Margarine G. m. b. H., Kleve.
4. Cilia Ölmühle G. m. b. H., Kleve.
5. Clever Ölmühle G. m. b. H., Kleve.
6. Margarinewerke Wahnfahle, Müller & Co. m. b. H., Kleve.
  - a) Schmelzmargarinefabrik G. m. b. H., Kleve.
7. Sana G. m. b. H., Kleve.
8. Rheinische Margarine-Ges. Cron & Scheffel m. b. H., Kleve.
9. Keeser Margarine-fabrik G. m. b. H., Kleve.
10. Palma Nahrungsmittelwerke G. m. b. H., Kleve.
11. Rheinisch-Westfälische Margarine-werte Dr. Max Boemer & Co. G. m. b. H., Emmerich.
12. F. Ehrbis Vereinigte Harburger Öl-fabriken A. G., Harburg.
  - a) Baumwollsaatfabrik F. Ehrbis G. m. b. H., Harburg.
13. Frankfurter Margarine G. m. b. H., Frankfurt (Main).
14. Ehol A. G., Mannheim.
15. Wiffinger Ölwerke G. m. b. H., Wiffingen (Ems).
16. Milka Nährmittelwerke G. m. b. H., Pratau (Eibitzel).



26 Plan der Gartenfabrik Deffers bei Dresden. Betriebsstätten und Wohnstätten. Angemessene Verteilung zwischen Getreide und Auland.

7. A. K. Mohr G. m. b. H., Hamburg.
8. F. Schint & Co. A. G., Hamburg.
9. Krog & Ewers G. m. b. H., Altona.
10. Kolstein-Ölwerke G. m. b. H., Altona.
11. Bremen-Besigheimer Ölsfabriken A. G., Bremen.
  - a) Verein Deutscher Ölsfabriken A., Mannheim.
  - b) Ölsfabrik Groß-Berau A. G., Bremen.
12. Gettraffinerie A. G., Bremen.

II. Ausland.

1. N. V. Anton Jurgens Vereenigde Fabrieken, Ob-Nijmegen. Die sogenannte unabhängige deutsche Produktionsgruppe ist die Speisefettfabrik Müller. Dieser umfaßt sie die folgenden Unternehmungen.

Müller, Speisefettfabrik.  
C. & G. Müller, Speisefettfabrik A. G., Berlin.

I. Margarineindustrie.

1. Westfälische Sägrahm-Margarine-Werke vorm. Julius Eid G. m. b. H., Herford.
2. Klineburg Margarinewerf Union G. m. b. H., Klineburg.
3. Ölwerke Antonia G. m. b. H., Harburg.
4. Dresdner Speisefettfabrik A. G., Bölschlag b. Dresden.
5. Demma Nahrungsmittel, Fabrikations-u. Handels-G. m. b. H., Dresden.
6. Margarinewerf Dr. A. Schroeder A. G., Berlin.

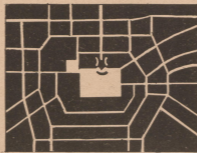
II. Handel.

1. Märk. Margarinewerke und Getthandels-G. m. b. H., Berlin-Neußölln.
2. Schief. Margarine- und Getthandels-G. m. b. H. E., Breeslau.

Im Juni 1927 hat sich dieser Konzern noch fester gefügt. Es ist mit der Margarinefabrik Dr. A. Schroeder A. G., der Dresdener Speisefettfabrik A. G. und Demma G. m. b. H., Dresden (Verkaufsgesellschaft), an denen bisher nur eine Konzernbeteiligung bestand, eine innige Interessengemeinschaft geschlossen worden. Diese organisatorische Maßnahme bringt fabriktorisch und beim Verkauf mancherlei Vorteil.

Die weitere Entwicklung der deutschen Margarineindustrie ist noch nicht zu übersehen. Eben hat in Schweden eine obdige Vereinigung der Margarineindustrie stattgefunden. Sie erfolgte unter der Führung des auch dort mächtigen Van den Bergh-Konzerns. Nur die schwedischen Genossenschaften sind außerhalb dieser neuen Machtbildung geblieben, die praktisch in Schweden die Vorherrschafft des holländisch-englischen Margarinetrusts festhält.

Für Deutschland haben wir in ganz ähnlich gelagerten Industrien — Streichhölzer, Zigaretten — schon recht interessante Verläufe auf geschäftlichem Wege oder durch einfache Verwaltungsveränderung regelnd einzugreifen; ob die Margarineindustrie nunmehr der nächste Produktionszweig wird, bei dem eingegriffen wird, steht noch offen.



27 Wohnungsplan für das Tempelhofer Feld, Schwine-Becken in der Mitte. Einheitsger Baustille.



# Blick in die Bücher

Die Geschichte unserer Welt. Von H. G. Wells, Paul Jolmay Verlag Berlin—Wien—Leipzig, 432 S.

Dieses Buch, das vor einigen Jahren in großem Format erschien, wird hier erneut in einer kleinen handlichen Dünnbroschurausgabe vorgelegt. Der ursprüngliche Bibliotheksband wird hiermit ein leicht zu handhabendes Taschenbuch. Und das ist gut so. Denn das Buch, das damals als ein erster Versuch moderner universitätsförmiger Darstellung der Geschichte der Menschheit ein gewisses Aufsehen erregte, eignet sich für zukunftsreiche Lesarten in freien Stunden. Denn es ist so viel an originalen Gedanken und überaus freien Konzeptionen hineingefügt, daß man auch nach dem einmaligen Durchlesen immer noch neue Ausblicke und Einsichten darin entdekt.

Wells macht hauptsächlich den Versuch, eine Geschichte der bewohnten Erde, von der „Schöpfung“ an bis auf den heutigen Tag zu geben. Jedes derartig Unmögliches nimmt auf so knappem Raum hat natürlich seine inneren Beschränkungen. Es setzt eine ziemliche wissenschaftliche Reife und kritische Fähigkeit bei dem Leser voraus, denn die Stoffauswahl muß notwendigerweise persönliches Gepräge tragen. Hinzu kommt, daß Wells selbst kollektivistisch und rationalistisch denkt. Er ist Dogmatiker. Das eröffnet mancher neue Zelle, erzeugt aber doch eine gewisse Verbitterung. Und zwar wird diese Tendenz mit fortschreitender Annäherung an die Gegenwart immer deutlicher. Er trodhet sich das Buch ein großer Wurf. Die erste Hälfte, etwa bis zur Reformation, ist tatsächlich ein glänzendes und großartiges Panorama über die Höhen und Täler unserer Geschichte bis dahin. Der allem die organische Einbeziehung der osteologischen und neodarwinistischen Geschichte in die Darstellung ist wirklich ein Fortschritt über die bisher gewohnten Art unserer Geschichtsschreibung. Jeder verläßt der Strom der Darstellung in der sogenannten Jetztzeit. Hier sieht Wells die Dinge doch etwas zu unkompliziert, und der Dichter gewinnt hier die Oberhand über den kritischen Gelehrten. In der Gruppierung und Methodik schimmern mancherlei Anregungen durch Spengler hervor. Aber im Ganzen ist dies Buch auch für den politischen Historiker ein Born neuer Anregungen und Erkenntnisse.

Dr. P. Junker. Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Bd. 2 von „Dünnpapier Grundrissen“. C. Dünnpapier Verlag, Dessau 1927. 85 S. Preis geb. 2,30 RM.

In gedrängter Kürze wird hier grundrissartig ein Überblick über die Geschichte der Volkswirtschaftslehre gegeben, der sachlich orientiert, wenn er auch natürlich sich auf Auswahl beschränken muß. Das Buch ist aber trotz der gebotenen Konzentration anregend geschrieben und regnet das Studium der volkswirtschaftlichen Lehmeinungen in ihrem Verlauf zu fördern. Umfassende Literaturangaben und eine Zeitfolge des wichtigsten ökonomischen Schrifttums machen es für Nachschlagezwecke wertvoll.

Franz Oppenheimer. Soziologische Streifzüge. Gesammelte Reden und Aufsätze. Zweiter Band. München 1927. Verlag Max Hueber, 352 S.

Die unter dem Titel „Soziologische Streifzüge“ gesammelten Reden und Aufsätze Franz Oppenheimers, deren erster Band weit über die Sachfrage hinaus lebhaftes Interesse erweckt, liegen jetzt in einem zweiten starken Band vor. Der kontrastive kluge Geist dieses bedeutenden Soziologen stellt sich in den vorliegenden 25 kleineren Arbeiten, von denen ein Teil ausfallen Gewerkschaften gewidmet ist, im wesentlichen kritisch ein. Gerade diese Ausführungen über „Sozialismus oder Liberalismus“, „Demokratie“, „Nationale Autonomie“, „Zur Tendenz der europäischen Entwicklung“, „Die neue Wirtschaft“ beanspruchen unser stärkstes Interesse. Auch die

biographischen Essays über Schmöller, Wagner, Abbe, Virchow, Karl Marx sind in ihrer scharfen Prägung dem Leser unermüdetlich. Unvergesslich aber auch die menschlich so tiefen und rührenden Abschiedsworte am Grabe von Paula Dehmel.

Weltgeschichte als Machtgeschichte. Von Alexander Cartellieri. Druck und Verlag von A. Oldenbourg, München und Berlin 1927. 396 S.

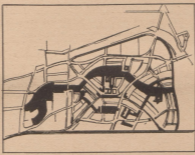
Der Verfasser, der als außerordentlicher Professor an der Universität Jena wirkt, behandelt in diesem ersten Bande einer großangelegten Weltgeschichte die Zeit der Reichsgründungen, und zwar der germanischen, arabischen und frankischen Reichsgründungen, von der Völkerwanderung bis zum Jahre 911. Auf Grund einer eingehenden Quellenkenntnis und einer tiefgehenden Forschung unternimmt es der Autor, in großen Zügen ein Bild von den Kämpfen um das Mittelmeer zu Beginn der neueren Geschichte und vom Werden und Vergehen der germanischen und arabischen Reiche zu zeichnen, die dieser Zeit ihren bestimmenden Stempel aufgedrückt haben. Cartellieris Geschichte ist eine ausgeprohene Machtgeschichte, er wendet sich, wie er im Vorwort sagt, an alle, die aus dem Machtwandel in älteren Jahrhunderten auch für die Gegenwart fruchtbare Wahrheiten zu schöpfen gewillt sind. Man muß den Fleiß und die Sorgfalt des Verfassers anerkennen. Für die Fortsetzung des Werkes wird es aber wohl notwendig sein, daß die Ergebnisse der Forscherarbeit strenger zusammengefaßt und die übertragenden und gemeinsamen Gesichtspunkte Jahrhunderte früher in den Vordergrund rücken.

Ottmar Bäcker. Die Reichsverfassung vom 11. August 1919. 2. Aufl. Sammlung: Aus Natur und Geisteswelt, Bd. 1004. Verlag W. G. C. Teubner, Leipzig 1927, 194 S.

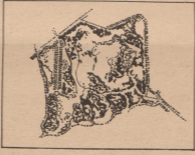
Die zweite erweiterte Auflage dieses ausgezeichneten sachlichen Kommentars zur Reichsverfassung liegt nunmehr vor. Sie ist gegenüber der ersten Auflage in erfreulicher Weise bereichert worden. Neben einer geschichtlichen Einleitung, die auch die Bismarcksche Verfassung von 1871 würdigt und auf die Entwicklung der Bundesverfassungen 3. T. eingeht, bringt die Schrift jetzt und die der Reichsverfassung die Ordnung des Reichstages über die jetzige Ordnung der Länder, über die Reichskabinette seit 1919 und über die Reichstagsparteien erhöhen den Wert für den praktischen Gebrauch. So darf auch die zweite Auflage des Bäckerschen Kommentars als gern verwendeter, nützlicher Führer durch die Reichsverfassung begrüßt werden.

Mannheim. Im Auftrag des Bundesvereins Badische Heimat herausgegeben von Hermann Eris Basse, Karlsruhe 1927. Verlag G. Braun, 288 S. mit 199 Abb. Preis 6 RM., geb. 7,50 RM.

Eine ausgezeichnete Monographie der badischen Landeshaupstadt, die unter der Mitarbeit hervorragender Sachverständiger von dem Herausgeber glänzend erbildet und abgemittelt und vom Verlag in schöner und wirkungsvoller Ausstattung herausgebracht wurde ist. Ein wirkliches Heimatbuch, das aber weit über den Kreis der Landesleute hinaus wirkliches Interesse beansprucht. In kurzen, reich illustrierten Zuspäßen werden Geschichte, Kultur und Wirtschaft der Stadt, die Entfaltung ihres äußeren Bildes, der Volkstum, ihre Sehenswürdigkeiten, ihr Leben und ihre Arbeit unterhaltsam und belehrend geboten, wobei die Geschichte Auswuchs der Bilder das Verhältniß besonders unterstellt. Es ist ein Vergnügen, unter so berufener Führung das schöne Mannheim und seine historische, geistige und wirtschaftliche Bedeutung kennenzulernen, wofür dem Herausgeber und dem Verleger aufrichtiger Dank gebührt.



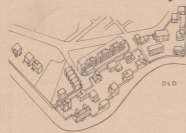
28 Ein anderer Bauungsplan für das gleiche Terrain. Gestelltes quer durch diagonale Straßen mit Abzweigungen. Keine Verwindungsfuge mit der mittelalterslichen Enge.



29 Der Franklin-Turm in Boston. Ein Wohnhaus. Seine Räume, alle Zimmer, Rammens. Das gleiche Wohnhaus für die Lösung von Masson.

## Die Stuttgarter Weißenhof-Siedlung.

Ein praktischer Versuch zur Wohnungsgestaltung.



Stuttgart zeigt diesen Sommer ein Werkbund-Ausstellung, die anschaulich und eindringlich die Frage der heutigen Wohnungsgestaltung zur Debatte stellt. Sehr wichtig ist erkannt worden, daß theoretische Erörterungen u. papiernen Schablonen allein hier nicht mehr

ausreichen: so hat man endlich einmal — ein praktisches Experiment gemacht.

Die Stadt hat aus ihrem diesjährigen Wohnungsbauprogramm einen Teil, 60 Wohnungen, abgeteilt. Hat in guter Wohnlage am Weißenhof, ein Gelände zur Verfügung gestellt und hier nach einem von Mies van der Rohe aufgestellten Programm eine Siedlung bauen lassen: Mittelstandswohnungen im Eigenhaus, Einfamilien- und Doppelwohnhäuser. Mies hat den Gesamtplan aufgestellt, ferner hat man 13 Architekten des In- und Auslandes, die sich mit der Frage der neuen Wohnungsgestaltung erfolgreich beschäftigt haben, aufgefunden, einmal zu zeigen, wie sie sich die richtige, wohlagen die für heutige Verhältnisse brauchbare und erschwingliche Wohnung denken. Die Namen dieser Architekten sind, außer Mies van der Rohe, der einen Mietshausblock errichtete: Behrens, Poelzig, Bruno und Max Taut, Hilberseimer, Gropius, Rabing, Scharoun, Döcker, Schmedt, Frank, E. Corbusier, Dud, Sam und Bouterwek.

Was hier gezeigt wird, ist naturgemäß nicht mehr die Vorkriegswohnung. Eine Kritik, die — im guten wie im schlechten — die Vorkriegswohnung als Maßstab nimmt, ist abwegig. Sinn und Zweck dieses Experiments ist ja, von den heutigen Verhältnissen auszugehen. Das heißt von einer Wohnanlage, die auskommt mit dem geringstmöglichen Raum und den niedrigsten Herstellungsstellen. Die Überwindung der Raumnot, die Herstellung von Wohnungen für die Massen ist ja nur noch möglich durch Beizielung öffentlicher Mittel aus der Hauszinssteuer. Diese Mittel sind bekanntlich so knapp, daß auch mit ihrer Hilfe nur ein Bruchteil der benötigten Wohnungen geschaffen werden kann. Es wäre nicht zu verantworten, wenn für die einzelne Wohnung mehr von diesen Hauszinssteuergeldern herausgibt werden würde als unbedingt erforderlich ist. Das würde doch bedeuten, daß gegenüber dem einzelnen, der eine Wohnung erhalten kann, so und so viel andere mehr benachteiligt werden. So ist es Aufgabe des Architekten, bereits durch die Formgebung eine verbilligte Herstellung anzustreben. Daher die Tendenz, mit neuen Materialien und neuen Bauverfahren zu wirtschaften. Die Gesichtspunkte dabei sind: billiger Herstellungs, schnelleren Bauen, Serienproduktion, Erleichterung der Hand- durch Maschinenarbeit, Industrialisierung, schließlich die sogenannte „Trodenmontage“, die den Aufbau unabhängig von Witterung und Jahreszeit macht. In dieser Hinsicht bieten die Stuttgarter Bauten eine Reihe wichtiger und interessanter Versuche, die man auf praktische Beachtung hin wird beobachten müssen. Die Frage der Wirtschaftlichkeit muß im einzelnen sachmännlicher Untersuchung überlassen bleiben. Dazu bedarf es auch aller der Unterlagen, die einzuweisen noch nicht gegeben sind. Wobei es sich auch nicht allein um die Herstellungsfragen allein handelt; zu prüfen wäre auch, wie die Unterhaltung und die Herstellung im Großen sich stellt.

Das Entschiedende aber ist eine neue Grundrissgestaltung. Es ist schädlich, wir müssen mit so knappem Raum als möglich auskommen. Es heißt also — worfür der Grundriss von Hilberseimer ein vorbildliches Beispiel ist —, dieses Wenige an Raum so aufzuteilen, daß trotzdem alle die Anforderungen an Komfort und Wohnlichkeit, die heute gestellt werden und gestellt

werden können, befriedigt werden. Es muß auch in der Einrichtung auf alles das, was nur Ballast ist, verzichtet werden, der Hausrat im einzelnen muß zweckmäßig werden und die Raumanordnung muß so geschehen, daß die Bewirtschaftung einfacher, zeitsparender wird. Die Frau kann nicht mehr so viele Früher „ganz im Haushalt aufgehen“. Sie will es auch nicht mehr. Sie kann mit Recht fordern, daß ihre Kräfte von der Hauswirtschaft nur so weit in Anspruch genommen werden, als es unerlässlich ist. War die Wohnung in früherer Zeit eine Kullisse, innerhalb derer das häusliche Leben „sich abspielte“, so muß sie jetzt zu einem handlichen Wohnapparat werden. Der heutige Großstadtmensch, dessen Zerstreutheit durch harte Berufsarbeit aus äußerer Beanspruchung und meist überanspruchung, muß jedoch weit mehr als der Mensch früherer Zeiten bedacht sein auf die Regeneration der verbrauchten Kräfte. Dazu muß ihm vor allem die Wohnung dienen, die durch Unzweckmäßigkeit nicht noch zu weiteren Kraftverbräuchen zwingen darf.

So ist als allgemeine Tendenz festzustellen das Bestreben, aus dem Haus und der Wohnung zum Gebrauchszweck und der Bewirtschaftung aus einen einheitlichen Organismus zu machen, dessen Teile folgerichtig ineinandergreifen. Wie die heutige Musterfliege darauf angelegt ist auf einen einheitlichen und folgerichtigen Arbeitsablauf, der unnötige Bewegungen erspart, so sollen die einzelnen Räume im Sinne der Bewirtschaftung bequem und richtig zueinander angeordnet werden, geradezu ineinandergreifen. Also statt der Zellen, die mechanisch durch die Wände voneinander abgetrennt sind, ein einheitlicher Organismus, durch den der ganze Hausbetrieb gewissermaßen wie die Fließarbeit am laufenden Band ist, vollzieht. Dazu fehlen freilich noch fast alle Voraussetzungen, und das heißt, was in Stuttgart verfehlt worden ist, ist noch Experiment. Dabei weiß man am wenigsten fertig zu werden mit der Wand, die nicht mehr nur die einzelnen Räume voneinander trennen soll. Man weiß noch, daß der Wandstrich einen Teil des Hausraums aufnehme, und große Kastenmöbel, die für die ohnehin kein Raum mehr ist, ersetzen soll. Allerdings wird man auch da sich vor Überreibungen hüten müssen. In einzelnen der Stuttgarter Häuser gibt es überhaupt keine Wandflüche mehr, die man doch auch braucht, z. B. für das Aufstellen von Bildern, es gibt so auch nur noch Stühlplättchen mitten im Zimmer, was bei den knappen Raumverhältnissen keineswegs behaglich ist. In dem einen Haus von Corbusier ist die Durchdransicherung so weit getrieben, daß das ganze Haus, durch drei Stockwerke hindurch, nur noch aus einem Raum besteht. Derart, daß das Arbeitszimmer als Estrade sich einschleibt in einen großen Wohnraum. Durch eine halbhohe Betonwand, eine spanische Wand aus Beton, ist dann noch Arbeitsraum abgetrennt eine Schlafstube und — die Toilette. Man mag es ja im Sinne der Taylorisierung sehr praktisch sein, im Arbeitsraum gleich auch die Toilette zu haben, aber ob das geeignet ist, die Annehmlichkeiten des Lebens zu erhöhen, muß dahingestellt bleiben. Das heißt, ein Prinzip ins Absolute überlegen. Die leicht ist hier die Fassung der — leider nicht durchgeführte — Vorschlag von Mies, die Mietshauswohnung ganz ohne Zwischenböden herzustellen, nicht so und so viel Zimmer, sondern, wie es bei dem Hamburger Kontorhaus bereits benutzte Praxis ist, eine gewisse Anzahl von Quadratmetern zu vermieten und ein bewegliches Wandsystem zu schaffen, das je nach dem Raumbedarf des einzelnen eingehängt wird, fest eingebaut werden nur noch Küche und Bad. Ein Vorschlag, der, wenn die Industrie sich der Sache annähme und solche Wandsysteme praktisch und preiswert zu schaffen verdrückte, in der Tat geeignet wäre, einen großen Teil der heutigen Wohnungsnot zu beseitigen.



Das ist am Einmünden im einzelnen nicht fehlen kann, ist ohne weiteres verständlich. Es handelt sich ja um Experimente, durch die Erfahrungen erst gewonnen werden sollen. Keine Frage aber, daß dieses Stuttgarter Experiment wesentlich beitragen wird, zu einem brauchbaren Wohntypus zu gelangen. Zu einem Wohntypus, wie er überhaupt noch erscheinlich ist und wie er dem heutigen Menschen entspricht, dem die Wohnung um so „gemühtlicher“ ist, je mehr sie ihm das Leben vereinfacht und erleichtert.



Le Corbusier, Paris

Paul Weiskem.

# Lichtbild-Material zu Hindenburgs 80. Geburtstag am 2. Oktober 1927

Das gesamte deutsche Volk wird am 2. Oktober 1927 den 80. Geburtstag seines Reichspräsidenten feierlich begehen. Zur besonders eindrucksvollen Gestaltung volkstümlicher Hindenburg-Feiern hat der Deutsche Lichtbild-Dienst ähnlich wie bei früheren Anlässen (Pestalozzi, Beethoven) wertvolles Lichtbildvortragsmaterial zusammengetragen.

## Reichspräsident Hindenburg Lichtbilder und Bildbänder Vortragstexte und Bilderläuterungen

### Lichtbildreihen

1. Bestell-Nr. L 2005 „Reichspräsident Hindenburg“,  
75 Diapositive mit Vortragstext 115.— M.
  2. Bestell-Nr. L 2007 Kleine Vortragsserie „Hindenburg“,  
15 Bilder mit Erläuterungen... 20.— M.
  3. Bestell-Nr. L 2006 „Vom Kadetten zum Reichspräsidenten“,  
40 Diapositive mit Text..... 50.— M.
- Einzel-Diapositive „Hindenburgs Leben und Lebenswerk“ (schwarz) je 1.40 M.

### Bildbänder

- D. L. D.-Bildband Lf 2007 „Hindenburg“,  
30 Bilder mit Zwischentiteln ..... 4.— M.
- D. L. D.-Bildband Lf 2006 „Vom Kadetten zum Reichspräsidenten“  
40 Bilder mit Zwischentiteln ..... 5.— M.
- D. L. D.-Bildband Lf 2005 „Reichspräsident Hindenburg“,  
75 Bilder mit Vortragstext ..... 8.50 M.

Der Versand geschieht unter Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrages.  
Lichtbilder und Bildbänder werden nur käuflich abgegeben.

Größtes Lager von Lichtbildreihen mit und ohne Vortragstext aus allen Kultur- und Wissensgebieten Katalog 1927/28 / Einzelbildverzeichnisse kostenlos  
Lichtbild-Verleih-Archiv.

**Deutscher Lichtbild-Dienst G.m.b.H.**  
Berlin W 35 Potsdamer Str. 41

# Werb für die überparteiliche Zeitschrift „DER HEIMATDIENST“

Monatlich 2 mal — 24 Nummern. Jährlich 5.— RM.

Der Bezug kann erfolgen durch jede Buchhandlung, durch das Postzeitungsamt (Nachtragsliste 12) oder durch den Verlag

Die Zeitschrift „DER HEIMATDIENST“ gibt aus besten Quellen zu allen großen Fragen der äußeren und der inneren Politik das Material. In enger Föhlung mit den Ämtern des Reiches und der Länder nimmt „DER HEIMATDIENST“ zu den Gegenwartsfragen eindeutig und begründet Stellung. „DER HEIMATDIENST“ ist eine unentbehrliche Ergänzung der Zeitung. Keiner Partei dienstbar ist er ein periodisch erscheinendes Handbuch für jeden politisch Denkenden. Zahlreiche Karten, graphische Darstellungen und Bilder erläutern seinen reichen Inhalt.

## STIMMEN AUS DEM LESERKREISE

Noch mehr als bisher werde ich in Zukunft für die Verbechtung der Zeitschrift „Der Heimatdienst“ wirken, denn sie verdient es, indem sie ein wichtiges vaterländisches Aufklärungsmitel ist.

Prof. Dr. Anton Herzog, Konstanz

Mit warmem Interesse lese ich Ihren Heimatdienst. Der Inhalt mitfüe weitestens verbechtet werden. Hebt er doch den Leser über die Parteilichkeit unserer Tage und leitet die Gedanken auf lebenswichtige grundsätzliche Ziele.

Militär-Wochenblatt gen. v. Altrock

In meiner mehrjährigen Tätigkeit habe ich entsetzliche Mengen Aufklärungsliteratur verlesen müssen. Ich neige infolgedessen zu einer Skepsis. Um so mehr muß ich doch anerkennen, daß der „Heimatdienst“ sich von dieser Literatur gans und gar unterscheidet. Ich habe eine Reihe von Auszügen des Heften entnehmen können und halte die gans Anlage der Hefte für sehr glücklich. Hoffentlich kommen sie möglichst überall in der Provinz his.

Reg.-Rat Dr. Fuchs, Königsberg

Eine politische Zeitschrift für das deutsche Volk, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, überparteilich sachlich und klarer, einfacher Form der staatsbürgerlichen und weltpolitischen Erziehung der Heimat zu dienen.

Brandenburgische Schulzeitung

Ganz besonders ist der Heimatdienst eben für den Schulanterricht, der auf Selbsttätigkeit des Kindes sich aufbaut, geeignet, da er das Zahlenmaterial für Erdkunde und Rechnen — heile Fächer volkswirtschaftlich gerichtet — bietet. Staatsbürgerliche Erziehung im gansen Unterricht wird ebenfalls durch den Heimatdienst belebt.

Vertrauensmann: Heins Schölkow, Rheinberg (Mark)

Der Heimatdienst ist ein so demund verwerter, außerordentlich bedeutsames Material zur dauernden Orientierung der Öffentlichkeit in allen überparteilichen Fragen. Deutsche Volkspartei, Landesverband Löhloh Das im Heimatdienst veröffentlichte Material war mir bei Verträgen in der Sozialistischen Arbeitergenoss, dem Reichsbanner und meiner Polizeibeamtenvereinigung sehr wertvoll, daß ich es in der Zukunft ungern entbehren würde.

Heins Schölkow, Ahsenberg-Tür.

Der Heimatdienst ist wirklich eine Wohltat am Volke und die Leistung sowie dessen Schöpfer verdienen sich ehrlich den Dank alles Lehrers und staatsreuen Deutschen.

Studienr. Geißler, Textilfabrikale Fort (Lanc.)

Der Heimatdienst wird von mir sowie von meinen Kameraden gern gelesen. Der Inhalt ist eine Belehrung und Aufklärung, die wenigen Worte und Zahlen beinigen mehr wie alle Zeitungen. Ich habe großes Interesse an Heimatdienst und bitte um weitere Zusendung.

Aloys Stützer, Herdorf

Probenummern kostenlos durch den Verlag!

Zentral-Verlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

Soeben erschienen:

## Industrie und deutsche Wirtschaftspolitik

Grundfragen des Wiederaufbaues von Wirtschaft und Volksgemeinschaft.

Von Dr. Emil van den Boom.

8\* (160) / Rm. 4.—

**Inhalt:** Vortragszeit und heute / Ausichten / Rationalisierung / Zusammenfassungen / Kapitalbildung / Außenhandel / Führertum / Anfang: Material und Zahlen.

Man kann bei dieser inhaltreichen Arbeit im Zweifel sein, wo wertvoller für den Benutzer ist: die hunderte Seiten systematischer Arbeit über die Inventur unserer Wirtschaftskräfte und ihrer Bestrebungen zu Ordnung, Kapitalbildung, Außenhandel, Treue und Vertrauen in Wirtschafts- und Arbeitsverhältnis, oder der Materialienanhang, der nahezu ebenso stark geworden ist, Auszüge aus Dokumenten zum ersten Teil enthält und dann die wichtigsten statistischen Zahlen und Daten zusammenstellt. Vor den Wirtschaftsjahrbüchern und Kalendern zeichnet sich die Schrift dadurch aus, daß sie in das ganze ungeschorene Material, das sie verarbeitet hat, eine gewisse Ordnung hineinbringt und damit jedem Wirtschaftler das Material eigentlich erst erschließt. Auch dem politischen Redner bietet die Schrift einen geordneten Stoff.

Volkvereins-Verlag G. m. b. H., R.-Gladbach

## Sie haben es nicht mehr nötig

bei der herrschenden Geldknappheit Tafelbestecke bei Teilzahlungsverandgeschäften zu kaufen.

## Sind Sie auf der Hut!

Wir liefern unsere Merco-90-Silber-Bestecke mit garantiert 90 Gr. Silberaufzüge in zwölf verschiedenen, von Künstlerhand entworfenen Dessins unter Ausschaltung des Zwischenhandels direkt an Private. Merco-90-Silber-Bestecke mit 30jähriger schriftlicher Garantie sind Qualitätszeugnisse allerersten Ranges, in jeder Hinsicht vorbildlich und eignen sich zu Geschenkzwecken ganz vorzüglich. Wir liefern unsere Merco-90-Silber-Bestecke gegen 6 monatliche Ratenzahlungen und berechnen Ihnen nicht die fast unerschwinglich hohen Preise der Teilzahlungsverandgeschäfte, sondern unsere Original-Expanspreise mit einem vorläufigen Aufschlag von 10%. Bei pünktlicher Einhaltung der Monatsraten können Sie an der letzten Rate wieder 7% in Abzug bringen, so daß der Gesamtaufschlag auf unsere

**Original-Expanspreise nur 3%** beträgt. Bedenken Sie diesen Vorteil!

Unzählige staatlich beglaubigte Dank- u. Anerkennungs-schreiben geben Ihnen einen Beweis unserer Leistungsfähigkeit. Verlangen Sie sofort reichlich Preisliste sowie unverbindliche Musterbestellung.

Mettmanner  
Silberwaren-Gesellschaft

Mettmann 360 Merton & Co., Schließfach Nr. 460

